



Presseschau vom 17.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Begehrtes Lithium aus dem Erzgebirge - Auch Tesla ist mit im Spiel**

Kommt bald das nächste industrielle Großprojekt nach Ostdeutschland? Nach Brandenburg und Sachsen-Anhalt könnte nun Sachsen von einer Neuansiedlung profitieren – und auch diesmal scheint Tesla wieder mit der Partie zu sein. Ob es tatsächlich so weit kommt, könnte auch von der EU abhängen. ...

<https://kurz.rt.com/30t7> bzw. [hier](#)

Natalija Sergijewskaja, Anastassija Belousowa: **"Wird zum Verlust der Hegemonie führen": Staatsduma spricht über Formation der neuen G8**

Der Bruch der Wirtschaftsbeziehungen durch Washington und dessen Verbündeten hätte zur Bildung neuer Wachstumszentren in der Welt geführt, sagte der Duma-Vorsitzende Wolodin. Er machte darauf aufmerksam, dass die Sanktionen gegen Russland die westlichen Volkswirtschaften getroffen hätten. ...

<https://kurz.rt.com/30s8> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Aufrüstung der Ukraine im Überblick: Wer, was und wie viel**

Gleich nach Kriegsbeginn sind aus mehr als 30 Ländern Rüstungsgüter in die Ukraine gekommen. Auf Wladimir Selenskijs Bitte pumpt die NATO das Land mit Waffen voll. Welche Länder stecken dahinter, und welche Waffenarten trafen bereits ein? RT DE zieht die Zwischenbilanz. ...

<https://kurz.rt.com/30zx> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Der Fall Alina Lipp oder Lüneburg und der leise Faschismus**

Schon im Mai war ein Gerichtsbeschluss ergangen, durch den das deutsche Konto der freien Journalistin Alina Lipp beschlagnahmt worden war. Dieser wurde jetzt erst öffentlich; er hat aber Bedeutung weit über diesen Fall hinaus. Es bezeugt ein Ende demokratischen Rechts. ...

<https://kurz.rt.com/30zs> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Eine Truppe gegen "Staatsfeinde"? – Bundeswehr bekommt Inlandskommando**

Kommando für Inlandseinsätze bekommen. Die Verteidigungsministerin begründet das mit Naturkatastrophen und – Putin. Ins Visier geraten könnte aber auch, wer Staat und Politiker zu kritisieren wagt. ...

<https://kurz.rt.com/30wi> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Scholz, Kiew und eine Zugfahrt ohne erhoffte Bedeutung**

Die Reise von Olaf Scholz nach Kiew war das Hauptereignis diese Woche. Oder war sie das doch nicht, obwohl der Ärmste per Zug anreisen musste und sogar einen Luftalarm hörte? In Wirklichkeit spielte die Musik nicht auf dieser Kiewer Inszenierung, sondern ganz woanders. ...

<https://kurz.rt.com/312h> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wladimir Putin spricht beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg (Video)**

Vom 15. bis 18. Juni 2022 findet in Sankt Petersburg das Internationale Wirtschaftsforum zum

25. Mal statt. Der russische Präsident spricht bei der Plenarsitzung am 17. Juni. Moderiert wird die Sitzung von RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan. RT DE übertrug die Veranstaltung ab 14 Uhr MESZ live auf Deutsch. ...

<https://kurz.rt.com/30t3> bzw. [hier](#)

deu.belta.by: **Reportage. Mariupol entsteht aus Ruinen auf: Industrie und Kultur**

Nach langen und intensiven Kämpfen hat sich Mariupol bis zur Unkenntlichkeit verändert. Die Stadt ist in einem traurigen Zustand, und es wird viel Zeit und Mühe kosten, sie wiederherzustellen. Ein BelTA-Korrespondent ist nach Mariupol gereist, um zu sehen, wie heute eine Stadt lebt, in der vor nicht allzu langer Zeit noch Geschosse explodierten und Schüsse zu hören waren. ...

<https://deu.belta.by/society/view/reportage-mariupol-erstet-aus-ruinen-auf-trummern-industrie-und-kultur-61005-2022/>

abends/nachts:

20:04 de.rt.com: **"Das ärgert uns sehr" – Wie die Tagesschau einen "Fehler" einräumt**

Die Hauptnachrichtensendung von "ARD-aktuell", die "Tagesschau", hat ihre Berichterstattung vom Montag zum Beschuss von Donezk nachträglich richtiggestellt. In der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken war zuvor deutliche Kritik geäußert worden. Am Montag wurde in der Nachrichtensendung erstmals um 16 Uhr behauptet, russische Truppen hätten das Zentrum von Donezk mit Raketen und Granaten beschossen, dieselben Bilder wurden auch um 20 Uhr gezeigt (RT DE hatte [berichtet](#)). In der Zwischenzeit wurde auch durch unsere Redaktion bei ARD-aktuell nachgefragt und dabei zunächst noch einmal die Faktenlage beschrieben:

"Am 13. Juni berichtete die Tagesschau unter anderem über einen massiven Angriff auf einen Markt in der Stadt Donezk im Donbass. Sie sagen, der Angriff sei von russischer Seite erfolgt (Ausschnitt aus der Sendung: 17:05:09 – 17:07:18 Uhr). Anwohner und Journalisten, die zu diesem Zeitpunkt vor Ort waren, berichteten jedoch, dass der massive Beschuss von der ukrainischen Seite erfolgte. Die Verwendung des NATO-Kalibers 155 mm, die von örtlichen Stellen bestätigt wurde, ermöglicht zudem eine klare Zuordnung. Der Ticker Ihrer Redaktion hatte, in Übereinstimmung mit den Nachrichtenagenturen, noch von ukrainischem Beschuss gesprochen."

Dazu wurden folgende Fragen an die Tagesschau geschickt:

1. Auf welcher Grundlage wurde die Meldung dann für die Tagesschau geändert?
2. Die Stadt Donezk wird seit acht Jahren von ukrainischen Truppen beschossen. Warum sollte sich das plötzlich geändert haben?
3. Die gesamte Nachrichtenlage spricht dafür, dass Ihre Zuweisung als "russischer Beschuss" eine Falschmeldung war. Wie werden Sie diese korrigieren? Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Zuschauern die richtige Information zukommen zu lassen?
4. Entspricht der Umgang mit dieser Meldung den üblichen Standards der Tagesschau in Hinsicht auf journalistische Sorgfalt?

Zwar haben weder ARD-aktuell noch die Tagesschau unsere Fragen im einzelnen beantwortet, aber in ihrer Antwort an RT DE auf den Tagesschau-Blog verwiesen, wo – etwas versteckt, also nicht auf der Haupt-Website der Sendung – der Fehler [eingeräumt](#) wird. In dem Text heißt es, man habe am 13. Juni die Meldung auf "Grundlage eines Berichts der Nachrichtenagentur Reuters" über den Beschuss des Marktes in Donezk verfasst. In der Tat habe Reuters von einem "ukrainischen Artillerie-Angriff" gesprochen, was man an tagesschau.de auch richtig gemeldet hätte. Wie es dennoch zu dem Fehler in der Sendung gekommen sei, könne man sich nicht erklären:

"Während diese Informationen von Reuters im Live-Blog auf tagesschau.de korrekt wiedergegeben wurden, ist in der Fernsehberichterstattung ein Fehler passiert. Dort wurde versehentlich von einem russischen Angriff gesprochen."

Angeblich habe man selbst bei der Abnahme den Fehler nicht bemerkt – und behauptet, sich auch "sehr" darüber zu ärgern:

"Uns ist der Fehler in der Abnahme des Beitrags nicht aufgefallen, das ärgert uns sehr und wir bedauern das, denn es entspricht nicht der sonst gebotenen journalistischen Sorgfalt in unsere Berichterstattung."

Und sodann wird akkurat die nachträgliche Richtigstellung vermerkt:

"Der Beitrag wurde überarbeitet und die Sendung aktualisiert. Auf tagesschau.de wurde die 20 Uhr-Ausgabe der Tagesschau um den Hinweis ergänzt, dass die Sendung nachträglich redaktionell bearbeitet wurde."

Die [russisch](#) wie die [ukrainisch](#) untertitelten Ausgaben der Tagesschau vom 13. Juni 2022 fehlen aktuell auf der Website zu der Sendung. Die korrekte ursprüngliche Meldung von Reuters als Quelle ist [hier](#) nachlesbar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab3ad048fbef6c9e4e7141.jpg>

20:56 de.rt.com: **DVR-Chef: Syrien kündigt Beginn des Verfahrens zur Anerkennung der DVR an**

Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat den offiziellen Beginn des Anerkennungsverfahrens für die Donezker Volksrepublik angekündigt. Dies gab DVR-Chef Denis Puschilin bekannt.

Die Behörden der Arabischen Republik Syrien sollen angekündigt haben, das offizielle Verfahren zur Anerkennung der Souveränität der Volksrepublik Donezk eingeleitet zu haben. Dies teilte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Während des Treffens [mit der DVR-Delegation] kündigte der syrische Präsident den offiziellen Beginn des Verfahrens zur Anerkennung der Republik an. Wir sind unsererseits bereit für eine vollwertige Zusammenarbeit an allen Fronten."

Bei seinem Besuch in der syrischen Hauptstadt Damaskus habe die DVR-Delegation den syrischen Behörden vorgeschlagen, sich am internationalen Tribunal für ukrainische Kriegsverbrecher zu beteiligen, so Puschilin weiter. Der syrische Präsident Baschar al-Assad betonte, Russland und Syrien hätten einen gemeinsamen Feind – die USA.

Denis Puschilin lobte, dass der Besuch der DVR-Delegation in Damaskus unter der Leitung der Außenministerin der Republik, Natalja Nikonorowa, fruchtbar gewesen sei. Er dankte der syrischen Seite für die Organisation des Besuchs und dem Präsidenten Al-Assad für seine herzlichen Worte an die Republik.

Am 14. Juni wurde bekannt, dass Syrien beabsichtigt, die Souveränität der Volksrepubliken

Donezk und Lugansk offiziell anzuerkennen. Bereits am 21. Februar hatte der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret zur Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk unterzeichnet. Drei Tage später kündigte der russische Staatschef den Beginn einer Militäroperation in der Ukraine an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab81f7b480cc13e24fc49e.jpg>

21:00 de.rt.com: **Ukrainisches Militär greift Zentrum von Donezk erneut an**

Wie RIA Nowosti [berichtet](#), erklärte der Bürgermeister von Donezk, Alexej Kulemzin, die Hauptstadt der Volksrepublik Donezk sei erneut beschossen worden. Auch diesmal habe es Tote gegeben.

"Das Zentrum der Stadt wurde erneut von den Einschlägen erschüttert. Die Einschläge wurden auf dem Lagutenko-Prospekt in der Nähe des Zentralen Kaufhauses von Donezk registriert. Es gab Verletzte, drei Autos wurden beschädigt, und die Fenster von Häusern in der Umgebung wurden zerstört. Die Umstände werden derzeit geklärt. Die Einsatzkräfte arbeiten vor Ort."

Dies teilte das Stadtoberhaupt per Telegram mit.

Darüber hinaus sei Munition in einem anderen Teil der Stadt, in der Uralskaja-Straße in der Nähe der Schule Nr. 82, explodiert und haben einen Pkw beschädigt. Die Besitzer waren nicht vor Ort, niemand wurde verletzt.

Auch in der Keramitschnaja-Straße wurde ein Zivilist durch ein Schrapnell verwundet. Weitere Splitter der Rakete beschädigten die Fahrbahn und das Fundament eines Wohnhauses in der Kirow-Straße.

Jurij Uschakow, Berater des russischen Präsidenten für internationale Angelegenheiten, bezeichnete das Ausbleiben einer westlichen Reaktion auf die zahlreichen Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte als "überraschend".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab6b56b480cc132b77cc10.png>

Auf den Straßen von Donezk verstreute Raketen- und Munitionsreste nach dem Beschuss durch ukrainische Einheiten ([Screenshot](#)), 16. Juni 2022

21:19 de.rt.com: **Ukrainische Regierung fühlt sich von deutscher Seite zu Verhandlungen gedrängt**

Vor dem Hintergrund des Besuchs führender EU-Politiker sieht sich die Ukraine unter Druck gesetzt, friedliche Verhandlungslösungen mit Moskau zu finden. Alexei Arestowitsch, Berater des ukrainischen Präsidenten, befürchtet, "sie werden versuchen, ein Minsk III zu erreichen". Ukrainische Regierungspolitiker sehen sich von verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, zu Verhandlungslösungen gedrängt und warnen vor einer vermeintlichen Einmischung von außen. So erklärte Alexei Arestowitsch, Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, vor dem Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz, des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des italienischen Präsidenten Mario Draghi in Kiew gegenüber dem Boulevardblatt Bild:

"Ich fürchte, sie werden versuchen, ein Minsk III zu erreichen. Sie werden sagen, dass wir den Krieg beenden müssen, der Ernährungsprobleme und wirtschaftliche Probleme verursacht, dass Russen und Ukrainer sterben, dass wir das Gesicht von Herrn Putin wahren müssen, dass die Russen Fehler gemacht haben, und dass wir verzeihen müssen und ihnen eine Chance geben müssen, in die Weltgemeinschaft zurückzukehren."

Auch in den baltischen Staaten und Polen ist man vor dem Besuch von Scholz, Macron und Draghi skeptisch. Ein osteuropäischer Diplomat sagte am Montag der Welt:

"Wir fürchten, dass sie in Wahrheit eine Verhandlungslösung wollen, die zu früh kommt und sehr schmerzhaft für die Ukraine sein könnte."

Die Vorwürfe Kiews dürften sich darauf beziehen, dass Deutschland, Frankreich und Italien versuchen könnten, die Regierung in Kiew zu überzeugen, nach einer voraussichtlichen militärischen Niederlage der Ukraine im Donbass im Sommer den Verlust der Ostukraine und der Krim zu akzeptieren und damit zu einer friedlichen Verhandlungslösung in Moskau zu kommen.

Nach Einschätzungen aus Diplomatenkreisen aus den USA, Deutschland, Frankreich und Italien würden nach einem Bericht der Welt langfristige massive Waffenlieferungen an die Ukraine nicht nur die eigenen militärischen Fähigkeiten schwächen, sondern auch den Krieg in der Ukraine verlängern. Damit dürften sich die Kosten für den Wiederaufbau des Landes erhöhen und die Sanktionen und deren Folgen für die EU-Volkswirtschaften verlängern. Bei einem Besuch am Mittwoch in Rumänien sprach auch Macron vor allem über Verhandlungen und weniger über Waffen:

"An einem bestimmten Punkt wird das Gewehrfeuer aufhören müssen, und Gespräche müssen aufgenommen werden."

In seiner Rede machte Macron auch eine klare Ansage an den ukrainischen Präsidenten Selenskij:

"An einem bestimmten Punkt wird Präsident Selenskij mit Russland verhandeln müssen, und wir werden auch am Tisch sitzen, indem wir Sicherheitsgarantien abgeben werden. Das ist die Realität, und das muss passieren."

Bereits Anfang Juni hatte sich Macron teilweise bereit zu Kompromissen mit Moskau gezeigt und erklärt, dass man "Russland nicht demütigten" dürfe. Auch die Regierung in Rom hatte vor einem Monat Friedensverhandlungen gefordert. So hatte der italienische Außenminister Luigi di Maio damals betont, man brauche nun eine diplomatische Gegenoffensive. Einige Personen sprechen sich jedoch deutlich gegen friedliche Verhandlungslösungen aus. So erklärte der Grünen-Politiker Anton Hofreiter der Welt:

"Jetzt steht an, die Ukraine militärisch zu unterstützen, damit sie ihre Verteidigungsfähigkeit behält und dadurch das Regime Putin zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen wird. Es ist jetzt nicht die Zeit, über die territoriale Integrität der Ukraine zu spekulieren."

Auch NATO-Chef Jens Stoltenberg drängt weiterhin auf die schnelle Lieferung weiterer hochmoderner Waffen an die Ukraine.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab57d148fbef6c9e4e7170.jpg>

21:40 de.rt.com: **Keine russischen und sowjetischen Schriftsteller mehr im ukrainischen Lehrplan**

Eine Arbeitsgruppe des ukrainischen Bildungsministeriums hat beschlossen, alle Werke russischer und sowjetischer Autoren aus dem Lehrplan zu streichen.

Insbesondere fallen den Streichungen die Werke Puschkins, Lermontows, Dostojewskis, Tolstois, Turgenjews, Nekrassows, Bulgakows, Krylows und Tschechows zum Opfer. Zudem werden auch Werke von Gogol aus dem Lehrplan genommen, darunter Der Revisor, Die Nase und Der Mantel.

22:10 de.rt.com: **Coca-Cola verlässt Russland**

RIA Nowosti [berichtet](#), dass die "Coca-Cola Hellenic Bottling Company" (Coca-Cola HBC) die Produktion und den Verkauf von Getränken verschiedener Marken der Coca-Cola-Company in Russland einstellt. Dies habe Reuters unter Berufung auf eine offizielle Erklärung der Firma berichtet.

"Sobald die Vorräte des Unternehmens aufgebraucht sind, wird Coca-Cola HBC weder Coca-Cola noch andere Marken der Coca-Cola-Company in Russland produzieren oder verkaufen", heißt es in der Erklärung.

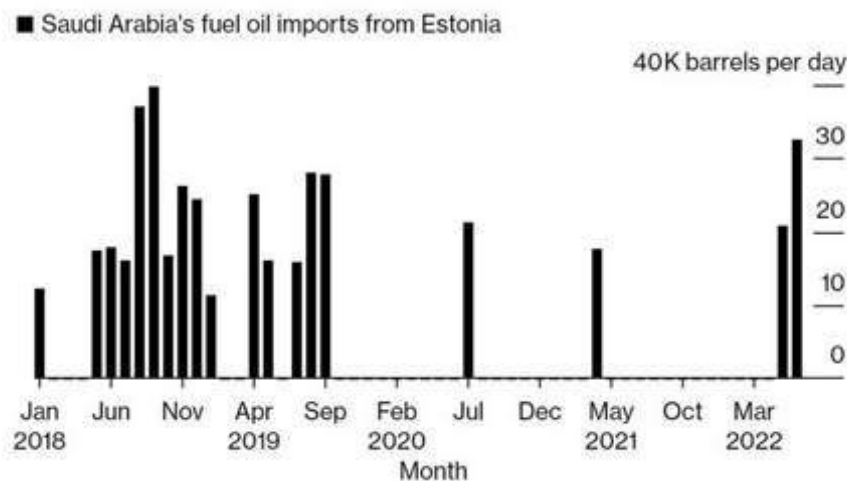
Das Unternehmen produziert Getränke unter den Marken Coca-Cola, Sprite, Fanta, Schweppes, Powerade, Bonaqua, Fuzetea, AdeZ, Pulpy, Innocent, Rich, Моя семья (Moja semja) und Добрый (Dobryj).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab7a0d48fbef6c1e3f5dce.jpg>

22:25 de.rt.com: **Estland liefert Heizöl an Erdölexporteur Saudi-Arabien**

Der Telegram-Kanal Ukraina.ru [meldet](#) unter Berufung auf den Wirtschaftsdienst [Bloomberg](#), dass Estland Heizöl an den weltweit größten Erdölexporteur Saudi-Arabien liefere. Das Problem dabei: Estland verfügt weder über eigenes Öl noch über eine Raffinerie. Tallinn kaufe also heimlich Treibstoff aus Moskau, berichtet Bloomberg unter Berufung auf Experten. Damit würden russische Erdölprodukte von Estland zur Stromerzeugung nach Saudi-Arabien geliefert. Ukraina.ru fährt fort, es sei bemerkenswert, dass Tallinn zwar mehr als jeder andere EU-Mitgliedstaat ein Embargo für Kohlenwasserstoffe aus der Russischen Föderation fordere. Diese Forderung gerate jedoch schnell in Vergessenheit, wenn sich mit dem russischen Energieträger Einnahmen erzielen ließen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ab86b2b480cc13e24fc4a3.jpg>

Grafik zum Öl-Import Saudi-Arabiens aus Estland (Screenshot aus dem [Bloomberg-Artikel](#))

22:31 de.rt.com: **Scholz befürwortet EU-Beitrittsstatus der Ukraine und Moldawiens**

Deutschland spricht sich dafür aus, der Ukraine und Moldawien den Status von Beitrittskandidaten zur Europäischen Union zu gewähren. Dies gab Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Kiew bekannt. Überdies sicherte Scholz der Ukraine weitere Waffenlieferungen zu.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich dafür ausgesprochen, der Ukraine und Moldawien den Status von EU-Beitrittskandidaten zu verleihen. Dies verkündete der hochrangige Politiker am Donnerstag in Kiew auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem italienischen Premierminister Mario Draghi. Der Bundeskanzler betonte in diesem Zusammenhang:

„Deutschland ist für eine positive Entscheidung zugunsten der Ukraine. Das gilt auch für die Republik Moldau. Meine Kollegen und ich sind heute hier nach Kiew gekommen mit einer klaren Botschaft: Die Ukraine gehört zur europäischen Familie.“

Auch Italien werde sich auf dem nächsten EU-Gipfel dafür aussprechen, der Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen. Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi wörtlich:

"Die wichtigste Botschaft unseres Besuchs ist, dass Italien möchte, dass die Ukraine der EU beitrifft. Rom möchte, dass die Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten erhält und wird diese Position beim nächsten Europarat unterstützen.

Frankreich unterstützt ebenfalls die schnellstmögliche Verleihung des EU-Kandidatenstatus

an die Ukraine. Dies gab der französische Präsident Emmanuel Macron bekannt:

"Wir alle vier unterstützen die sofortige Verleihung des Kandidatenstatus. Dieser Status wird von einem Fahrplan begleitet und auch die Situation auf dem Balkan und in den Nachbarländern, insbesondere in der Republik Moldau, berücksichtigen."

Wladimir Selenskij begrüßte das deutliche Bekenntnis der drei europäischen Staatsechefs:

"Der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine kann die Freiheit in Europa historisch stärken und zu einer der wichtigsten europäischen Entscheidungen im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts werden. Ich glaube, dass diese Entscheidung unser gemeinsamer historischer Erfolg sein wird."

Olaf Scholz versicherte dem ukrainischen Staatsechf, dass er mit weiteren Waffenlieferungen rechnen könne. Scholz versprach, Kiew mit IRIS-T-Luftabwehrsystemen zum "Schutz von Großstädten vor Luftangriffen" sowie mit einer Radaranlage auszustatten. Der Bundeskanzler erklärte, dass nach trilateralen Gesprächen mit den USA und dem Vereinigten Königreich eine Vereinbarung über die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine getroffen worden sei. Macron kündigte an, sechs zusätzliche CAESAR-Haubitzen an die Ukraine zu liefern. Darüber hinaus erinnerte Scholz daran, dass das ukrainische Militär derzeit für den Umgang mit der Panzerhaubitze 2000 und den Gepard-Flugabwehrkanonenpanzern ausgebildet werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab844f48fbef6c9e4e719d.jpg>

Wladimir Selenskij und Olaf Scholz auf der Pressekonferenz in Kiew am 16. Juni

22:50 de.rt.com: **Ukrainischer Militärgheimdienst hat nach eigenen Angaben technische Dokumentation der Krim-Brücke erhalten**

Wie TASS [berichtet](#), habe die Hauptverwaltung der Nachrichtendienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums erklärt, sie habe detaillierte technische Unterlagen über die Krim-Brücke erhalten. "Es wurden detaillierte technische Unterlagen über die Krim-Brücke beschafft", heißt es in einer Erklärung, die am Donnerstag auf der Facebook-Seite des ukrainischen Verteidigungsministeriums veröffentlicht wurde.

Der ukrainische Militärgheimdienst veröffentlichte im Anhang eine elektronische Präsentation mit dem Titel "Bau der Verkehrsverbindung über die Straße von Kertsch". Das Verteidigungsministerium behauptete, diese Materialien enthielten "detaillierte Informationen über das Gelände, den Straßenbelag, die Brückenpfeiler, die Strukturen zum Schutz vor Erdbeben, die Rampen und die gesamte Infrastruktur des Komplexes".

Der Generalmajor der ukrainischen Streitkräfte, Dmitri Martschenko, hatte erst am Mittwoch erklärt, dass die Krim-Brücke das "wichtigste Ziel" für das ukrainische Militär sei (RT DE berichtete).

Im April hatte der Sekretär des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexej Danilow, erklärt, dass Kiew die Krim-Brücke zerstören werde, sobald sich die Gelegenheit dazu biete. Im Mai erklärte jedoch ein Berater des ukrainischen Innenministers Viktor Andruschow, die ukrainischen Streitkräfte hätten keine Möglichkeit, die Brücke

anzugreifen, da das ukrainische Militär zu weit von der Küste des Asowschen Meeres entfernt sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab8d9248fbef6c3453f8a3.png>

Die Eisenbahnbrücke als Teil der Krim-Brücke über die Straße von Kertsch

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Fücks über Scholz, Macron und Draghi: "Befürchtung, dass die drei mit Friedensplan kommen"**

Ralf Fücks und seine Frau Marieluise Beck gelten als olivgrüne Hardcore-Transatlantiker. Mit ihrer Stiftung, die die irreführende Bezeichnung "Zentrum Liberale Moderne" trägt, ziehen sie die deutschen Bürger als willfähige Gehilfen für das außenpolitische Interesse Washingtons heran, ein schnelles und friedliches Ende des Ukraine-Krieges zu vermeiden.

Trotz Rohstoff- und Energieknappheit gehören Ralf Fücks und seine Frau Marieluise Beck zu denjenigen Politikern beziehungsweise Lobbyisten der Bundesregierung, die seit Kriegsbeginn in der Ukraine ein und aus gehen. Im Interview mit der Welt am Donnerstag gewährte Fücks nun Einblick in seine Weltsicht. Über die Situation in der Ukraine sagt er zu Beginn:

"Die Ukraine verfügt über große Kampfmoral und strategische Intelligenz. Woran es mangelt, sind Bewaffnung und Munition. Je länger der Krieg dauert, desto größer wird die Gefahr, dass die Ukraine in die Defensive gerät."

Die hohen Verluste der Ukraine begründet Fücks auch mit der angeblich fehlenden Unterstützung des Westens:

"Das liegt vor allem daran, dass die ukrainische Armee nicht über die nötigen Distanzwaffen verfügt, um den massiven Einsatz russischer Artillerie und die russischen Luftangriffe zu kontern. ... Es gibt eine gewisse Verzweiflung darüber, dass sie von Westeuropa nicht genügend Unterstützung finden. Das gilt auch für Deutschland."

Mögliche diplomatische Lösungen oder gar Friedensverhandlungen sieht der Grüne kritisch:

"Es gibt Befürchtungen, dass Teile des Westens auf einen territorialen Kompromiss mit Russland hinarbeiten. Das läuft völlig konträr zur Haltung der ukrainischen Regierung und Gesellschaft. Russland hat mit massiven Kriegsverbrechen, mit der Bombardierung von Wohnquartieren, der gezielten Zerstörung der Infrastruktur, den Vergewaltigungen und der Verschleppung von Zivilisten ein hohes Maß an Erbitterung erzeugt. Kein ukrainischer Präsident würde es politisch überleben, jetzt Gebietsabtretungen an Russland zu unterschreiben. Das ist eine toxische Idee, nicht nur für die Ukraine, sondern für ganz Europa."

Fücks meint weiter:

"Wenn die Ukraine gezwungen würde, durch Verweigerung von Waffenhilfe einen Kapitulationsfrieden zu unterschreiben, würde das die europäische Friedensordnung über den

Haufen werfen."

Dann wagt er einen Blick in die Zukunft und gibt, eingepackt in den Versuch, Russland zu dämonisieren, folgende Prognose:

"Ein Waffenstillstand, der Russland seine Eroberungen überlässt, wäre nur ein Zwischenspiel bis zum nächsten Angriff. Das erklärte Ziel Putins ist, in der Ukraine den Westen anzugreifen. Im russischen Staatsfernsehen wird jeden Tag gepredigt, man befinde sich im Krieg mit der Nato. Es geht darum, die ganze Entwicklung seit 1990 wieder umzukehren. Wenn man das nicht ernst nimmt, landen wir in ein paar Jahren, wenn Russland sich militärisch erholt hat, im nächsten Krieg. Und der würde vermutlich auf Nato-Territorium ausgetragen."

Abschließend spricht er sich für einen EU-Beitritt der Ukraine aus und äußert die Hoffnung, dass der derzeitige Besuch der Staatschefs der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs nicht zur Befreiung des Donbass oder anderer territorialer Veränderungen führt:

"Die Befürchtung ist, dass die drei mit einem sogenannten Friedensplan kommen, mit dem die russischen Eroberungen faktisch zementiert werden. Dagegen erwartet Kiew ein klares Bekenntnis, die Ukraine mit aller Kraft zu unterstützen, diesen Krieg zu gewinnen. Die Zeit der Halbheiten ist vorbei."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac15ff48fbef6cc3779c70.jpg>

3. März 2022, Berlin: Der russische "Dissident" Michail Chodorkowski (l.) spricht vor Journalisten im "Zentrum für Liberale Moderne" über den russischen Militäreinsatz in der Ukraine. Neben ihm sitzt das grüne Politikerpaar Marieluise Beck und Ralf Fücks, die Gründer der Stiftung

7:20 de.rt.com: **Behörden im russischen Gebiet Kursk melden erneut Beschuss**

Der Gouverneur des russischen Grenzgebietes Kursk meldete am Freitagmorgen, dass die Siedlung Gordejewka mit Mörsern beschossen worden sei. "Es gibt keine Verluste und keine nennenswerten Schäden", schrieb Roman Starowoit auf Telegram. Nach vorläufigen Angaben seien in einigen Häusern die Fensterscheiben ausgeschlagen worden. Die Lage sei unter Kontrolle.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Täglicher offizieller Bericht des GZKK der DVR vom 16. Juni 3:00 Uhr bis 17. Juni 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung **41 Fälle der Eröffnung des Feuers von Seiten der BFU** gemeldet.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ und „Grad“, Artillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm und Mörser des Kalibers 120mm eingesetzt.

In **Richtung Gorlowka** – Mehrfachraketenwerfer „Grad“, Artillerie des Kalibers 152 und 122m, Mörser des Kalibers 120, 82 und 60mm.

Es wurden 252 Geschosse abgefeuert.

Unter feindlichem Feuer befanden sich die Gebiet von **11 Ortschaften** der Republik: Donezk (Bezirke Kujbyschewskij, Kirowskij, Woroschilowkij, Petrowskij und Proletarskij), Gorlowka (Nikitowskij-Bezirk, Siedlung des Isotow-Bergwerks, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Pantelejmonowka, Bajrak, Troizkoje, Sajzewo, Michajlowka, Golmowskij, Mineralnoje, Jassinowataja, Semljanki.

In den letzten 24 Stunden gingen Mitteilungen über den **Tod einer Zivilistin, geb. 1963, in Jassinowataja** ein.

Neun Zivilisten, darunter ein Jugendlicher geb. 2006, wurden im Kirowskij- und im Woroschilowskij-Bezirk von Donezk **verletzt**, außerdem ein Junge, geb. 2011, aus dem zuvor befreiten Pawlowka.

30 Häuser in den Bezirken Proletarskij, Kirowskij und Woroschilowskij von Donezk, in Jassinowataja und Gorlowka wurden beschädigt, außerdem 10 zivile Infrastrukturobjekte.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 77 Beschiwßungen von Seiten der BFU festgestellt.

7:45 de.rt.com: **Peskow: Ernährungssicherheitslage ist Ergebnis westlicher Fehler**

Die Situation in Bezug auf die Ernährungssicherheit und die Versorgung mit Getreide und Düngemitteln sei das Ergebnis von Fehlern der westlichen Länder, sagte der russische Präidentensprecher Dmitri Peskow in einem Interview mit RIA Nowosti. Er betonte, dass es "absolut falsch" sei, dahinter eine angebliche "Antwort" Moskaus zu vermuten. Peskow wörtlich:

"Dies ist keineswegs die Antwort Russlands, sondern das Ergebnis von Fehlern, die die westlichen Länder gemacht haben. Was ist aus den Lebensmitteln geworden? Die Lebensmittelpreise steigen sowohl wegen der Inflation als auch wegen der Fehler, die in den vergangenen Jahren gemacht wurden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac0f0ab480cc65ad21e0fb.jpg>

8:30 de.rt.com: **UN-Hochkommissar für Menschenrechte: Fast 4.500 Zivilisten seit Kriegsbeginn gestorben**

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) hat in der Ukraine seit dem 24. Februar den Tod von 4.481 Zivilisten dokumentiert. Weitere 5.565 Menschen wurden verletzt. Demnach kamen die meisten Menschen durch den Einsatz von Sprengstoffen sowie bei Raketen- und Luftangriffen ums Leben oder wurden verletzt.

Die Vereinten Nationen betonen, dass die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich viel höher liegen, da einige Informationen aus Krisengebieten, wo es zu intensiven Kampfhandlungen kommt, verspätet ankommen. Zudem müssen viele Berichte erst noch bestätigt werden. Dies gilt beispielsweise für Mariupol (Gebiet Donezk), Isjum (Gebiet Charkow) und Popasna (Gebiet Lugansk), wo es zahlreiche zivile Opfer geben könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac164048fbef6e0c227268.jpg>

Gemeindearbeiter tragen in einem Teppich die Leiche eines Zivilisten, der am 12. April 2022 im Hof seines Hauses in Gostomel begraben wurde

8:55 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Saporoschje: USA und Großbritannien profitieren vom Konflikt in der Ukraine**

Die USA und Großbritannien brauchen und nutzen den Konflikt in der Ukraine, um einen wirtschaftlichen Konkurrenten, den die Europäische Union darstellt, zu schwächen und auszuschalten. Dies erklärte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje, gegenüber RIA Nowosti. Er sagte:

"Dieser Krieg ist für die USA und Großbritannien notwendig und vorteilhaft, um die Europäische Union, insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien, auf Hungerrationen zu setzen und einen wirtschaftlichen Konkurrenten mit einer zunehmend schrumpfenden Futterbasis auszuschalten."

Seiner Meinung nach würde die EU ihrerseits davon profitieren, den Ukraine-Konflikt zu pausieren oder dessen Intensität zu verringern.

"Großbritannien hat die Europäische Union nicht umsonst verlassen. Dort verfolgte man einen einheitlichen gemeinsamen Plan mit den USA, um die Führung in der westlichen Welt zu übernehmen und die EU zu ihrer Peripherie zu machen", sagte Rogow und fügte hinzu, dass die westliche Welt heute nicht monolithisch sei. Er ergänzte:

"Es gibt keine konsolidierte westliche Welt. Die Interessen der USA und Großbritanniens sind genau das Gegenteil der Interessen Deutschlands, Frankreichs, Italiens und anderer EU-Länder."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac17fc48fbef6c1e3f5dff.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 17.06.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

31 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben ukrainischer Soldaten zu retten und ruf dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Flugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen 21 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Kremennaja und Krasnyj Lutsch abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So hat gestern die gesellschaftliche Organisation „Newskij Front“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für Soldaten der Volksmiliz sowie für Kinder einer Sportschule geliefert.

10:07 de.rt.com: Russland: Militärflugzeug stürzt im Grenzgebiet Belgorod ab

Ein russisches Kampfflugzeug vom Typ Su-25 ist am Freitagmorgen während eines Trainingsfluges in der russischen Region Belgorod nahe der ukrainischen Grenze abgestürzt. Der Pilot überlebte.

Wie die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf Strafverfolgungsbehörden berichtet, ist am Freitagmorgen ein russisches Militärflugzeug vom Typ Su-25 bei einem Trainingsflug im Grenzgebiet Belgorod abgestürzt. Der Pilot soll überlebt haben, nachdem er sich herauskatapultieren konnte.

Nach vorläufigen Informationen stürzte das Flugzeug ab, nachdem es mit einer

Hochspannungsleitung kollidiert war. Andere Medien berichten über eine technische Störung als Ursache.

Das Flugzeug sei an einem menschenleeren Ort abgestürzt, es gebe keine Zerstörungen am Boden, teilte das russische Militär mit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac32bb48fbef6cc3779c8e.jpg>

10:54 de.rt.com: **In Rheinland-Pfalz: US-Militär errichtet größtes Gefahrstofflager außerhalb der USA**

In Rheinland-Pfalz haben die USA mit zwei Großbauvorhaben begonnen: In Weilerbach soll ein neues Militärkrankenhaus entstehen, in Germersheim baut man seit 2019 das Gefahrstofflager im dortigen US-Depot aus. Beide sollen die größten ihrer Art außerhalb der USA werden.

Die USA bauen ihre militärischen Standorte in Rheinland-Pfalz weiter aus. Gleich mehrere Großprojekte sind derzeit im Bau. Neben dem neuen US-Militärkrankenhaus in Weilerbach entsteht in Germersheim das größte US-Gefahrstofflager außerhalb der Vereinigten Staaten, in dem nach Abschluss der Bauarbeiten künftig teils hochgiftige Stoffe gelagert werden sollen. Während der Bau des neuen Krankenhauses medienwirksam kommuniziert wird, hüllt sich die US-Armee bezüglich des Depots in Germersheim in Schweigen.

US-Krankenhaus in Weilerbach soll altes in Landstuhl ersetzen

Neben ihrem Militärstützpunkt Ramstein bauen die USA in Weilerbach ein riesiges Krankenhaus. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll hier das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der Vereinigten Staaten entstehen. Auf einer Grundfläche von rund 600 mal 300 Metern, für die bisher fast 47 Hektar Wald gerodet wurden, ist demnach ein 90.000 Quadratmeter großes Gebäude mit neun OP-Sälen und mehr als 4.000 Zimmern geplant, wovon 120 Untersuchungsräume sein sollen. Die aufwendig geschwungene Fassade des Gebäudekomplexes soll nach Fertigstellung eine riesige wehende US-Fahne symbolisieren. Nukleare Teilhabe: Tornados von Büchel nach Nörvenich verlegt – samt US-Wasserstoffbomben?

Etwa 1.500 Menschen werden nach Angaben des Amts für Bundesbau ab Herbst auf der Baustelle bei Weilerbach im Landkreis Kaiserslautern arbeiten. Zudem sollen 15 mehr als 100 Meter hohe Kräne das gigantische Bauvorhaben vorantreiben. "So etwas zieht man nur einmal im Leben hoch", erklärte Matthias Göbel vom Amt für Bundesbau dem SWR. "Auch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen ist es zweifellos ein historisches Projekt." Insgesamt mehr eine Milliarde Euro soll das Projekt insgesamt kosten. "Laut NATO-Truppenstatut übernehmen die USA die Baukosten von 859 Millionen Euro für die Klinik", sagte Göbel: "Der Bund beteiligt sich mit 151 Millionen Euro an den Planungskosten."

Das neue Krankenhaus sei allerdings keine Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, sondern

als Ersatz für das bereits 1953 errichtete und somit veraltete US-Militärkrankenhaus in Landstuhl geplant. "Heute brauchen Betriebsabläufe eine andere Struktur", so Göbel. In dem Krankenhaus würden künftig aber nicht nur verwundete US-Soldaten, sondern auch zivile Angehörige der in Rheinland-Pfalz stationierten US-Truppen behandelt. Es sei daher eher eine Poliklinik mit bis zu 93 Betten im Normalbetrieb. "Wir haben einen Zahnarzt, eine Geburtsstation, eine eigene Abteilung für Veteranen – insgesamt 68 Fachdisziplinen", erklärte Göbel.

Trotz des überwiegend zivilen Nutzens gewinne das Projekt durch den derzeitigen Konflikt mit Russland nach Ansicht von David Sirakov an Bedeutung. Der Politologe, der für die Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz tätig ist, sieht die "Entscheidung, Landstuhl durch einen deutlich moderneren Komplex zu ersetzen", als "wichtiges Zeichen der Kontinuität des sicherheitspolitischen US-Engagements in Europa und in Deutschland". Der Neubau des Krankenhauses hänge demnach eng mit der Bedeutung des US-Luftwaffenstützpunkts Ramstein für die US-Sicherheitspolitik in Europa, Afrika und dem Nahen Osten zusammen, so Sirakov. Das Krankenhaus soll nach Angaben der US-Streitkräfte 2027 in Betrieb gehen.

In Germersheim soll größtes Gefahrstofflager außerhalb der USA entstehen

Bereits zuvor hatte das US-Militär im rheinland-pfälzischen Germersheim mit dem Ausbau ihrer beiden Gefahrstofflager im dortigen US-Depot begonnen. Mehr als 70 Millionen Euro hatte die US-Armee für deren Erweiterung veranschlagt. Genau genommen geht es unter anderem um den Umbau des Gebäudes 7915, eines Lagers der Defense Logistics Agency (DLA), einer dem US-Verteidigungsministerium unterstehende Behörde, die den US-Streitkräften logistische Unterstützung bei ihren Einsätzen bietet. In dem Gebäudekomplex befindet sich ein Gefahrstofflager mit einer Lagerkapazität von 70 Tonnen, die nach Angaben der US-Armee auf 1.900 Tonnen erweitert werden soll.

Das zweite von den Baumaßnahmen betroffene Gebäude ist jenes mit der Nummer 7983. Auch darin befindet sich ein Gefahrstofflager, das derzeit eine Kapazität von 1.200 Tonnen aufweist. Hier ist ein Anbau von rund 14.860 Quadratmetern geplant, erklärte die US-Armee auf Anfrage der Rheinpfalz. "Es wird keine Personalaufstockung geben, nur während der Bauphase wird es mehr Jobs geben, die direkt mit den Bauprojekten zu tun haben", so die US-Armee weiter.

Schon vor Beginn der Bauarbeiten hatten die Pläne der US-Amerikaner, auf der US-Liegenschaft das größte Gefahrstofflager außerhalb der USA zu errichten, für Ärger unter der dort lebenden Bevölkerung gesorgt. Grund hierfür ist die eher dürftige Informationspolitik der zuständigen Behörden. Bekannt ist lediglich, dass in dem Komplex nach Fertigstellung neben Ölen, Batterien und Hydraulikflüssigkeit später auch Stoffe der höchsten Gefahrstoffklasse gelagert werden sollen. Über die meisten davon herrscht vonseiten der US-Streitkräfte allerdings Schweigen.

Dass in dem Lager bereits vor den derzeitigen Umbaumaßnahmen chemische Verbindungen der höchstmöglichen Gefahrstoffklasse gelagert worden waren, geht aus einem entsprechenden Genehmigungsantrag hervor, der der antragstellenden Defense Logistics Agency (DLA) am 9. Oktober 2009 von der Kreisverwaltung Germersheim mit einem [Genehmigungsbescheid](#) zum Betrieb eines Gefahrstofflagers der höchstmöglichen Gefahrstoffkategorie bewilligt worden war.

Ein [Widerspruch](#) der Anwohner gegen die von der Kreisverwaltung erteilten Betriebsgenehmigung vor dem Kreisrechtsausschuss war damals lediglich mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Lager im US-Depot nicht unter sogenannte "genehmigungsbedürftige Anlagen" nach § 1, Abs. 2 der vierten BImSchV (Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes) fielen.

Doch nicht nur den Germersheimern ist das Gefahrstofflager der US-Armee ein Dorn im Auge. Auch rund um Germersheim ansässige Kommunalvertreter von SPD und AfD fordern seit Jahren mehr Aufklärung über die dort lagernden Stoffe. Zwar wurden die

Stadtratsmitglieder im Jahr 2019 bei einem Besuch des US-Depots darüber informiert, dass es sich bei den dort lagernden Stoffen um Gemische wie Öle oder Enteisungsmittel handele. Allerdings räumte der Kreisvorstand der SPD auf seiner Website wenig später ein, dass sich die Aussagen der US-Amerikaner nicht überprüfen ließen, "da es sich um eine militärische Anlage handelt, bei der aus Geheimhaltungsgründen die Lagerung bestimmter Stoffe der Öffentlichkeit vorenthalten wird".

Eine Liste mit einer Übersicht über die einzulagernden Stoffe der US-Armee, die den Germersheimer Stadtratsmitgliedern vorliegt, enthält nach Angaben der SPD jedoch auch Einzelstoffe, "die in die höchste Gefahrstoffklasse fallen". Speziell soll es sich bei diesen Stoffen laut Informationen des AfD-Kreisverbands Germersheim unter anderem um Cadmiumfluorid und Dimethylsulfat handeln. Letzteres ist eine chemische Waffe, die im Ersten Weltkrieg eingesetzt worden war. Dimethylsulfat ist nicht nur krebserregend, sondern zugleich auch hochgiftig und ätzend. Der Kontakt mit dem chemischen Stoff verläuft sowohl für Menschen als auch für Tiere tödlich. Denn die Haut, die Schleimhäute sowie der Magen-Darm-Trakt absorbieren den chemischen Kampfstoff, der dann eine tödlich verlaufende Reaktion der Atemwege verursacht. Da Dimethylsulfat geruchslos ist, warnen auch keine beißenden Gerüche vor einer tödlichen Konzentration des Stoffs in der Luft.

Insgesamt 50 Tonnen des chemischen Kampfmittels sollen im US-Depot in Germersheim eingelagert werden oder gar bereits dort lagern, erklärt die AfD Germersheim in einem offenen Brief auf ihrer [Website](#). "Es entsteht mittlerweile der Eindruck, dass die Öffentlichkeit nur scheinbar informiert wird", heißt es in dem Schreiben:

"Die bisherige Nennung der Stoffklassen ist zu wenig. Hier muss ganz klar jeder einzelne Stoff mit seiner toxischen Eigenschaft und möglichen Wechselwirkungen mit den anderen zu lagernden Stoffen genannt werden, damit die Risiken für Mensch und Umwelt – auch bei einem größten anzunehmenden Unfall (GAU) – ersichtlich werden."

Doch all diese Bedenken halten die zuständigen Behörden nicht ab. 200 Lastwagen mit teils hochgiftigen Gefahrstoffen sollen nach den Plänen des US-Militärs künftig täglich in der Anlage ankommen. Diese Lkw werden Bundesstraßen und lokale Straßen befahren, ohne dabei den in Deutschland geltenden Schutzmaßnahmen zu unterstehen. Die Sorgen der Germersheimer werden sowohl von deutschen als auch US-Behörden ignoriert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ab39d848fbef6c3453f835.jpg>

11:26 de.rt.com: **London bestätigt Auslieferung von Julian Assange in die USA**

Der Streit um den Fall des australischen Investigativjournalisten und Herausgeber der WikiLeaks-Plattform zieht sich schon seit vielen Jahren hin. Die USA werfen ihm vor, mehrere Verbrechen begangen zu haben, darunter die Veröffentlichung "nationaler Verteidigungsgeheimnisse".

Die britische Innenministerin Priti Patel hat die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange in die Vereinigten Staaten genehmigt. Die Ministerin unterzeichnete eine Auslieferungsanweisung im Falle des australischen Journalisten, wie das britische

Innenministerium am Freitag erklärte. In den USA droht ihm eine Gefängnisstrafe von bis zu 175 Jahren. Im schlimmsten Fall könnte er sogar zur Todesstrafe verurteilt werden.

[WikiLeaks](#) kündigte an, dass Assange gegen die Entscheidung der Innenministerin gerichtlich vorgehen wolle.

In der Pressemitteilung war zu lesen, dass es sich um einen "schwarzen Tag" für die Pressefreiheit und für die britische Demokratie handle. Jeder, der sich um die Meinungsfreiheit im Vereinigten Königreich kümmere, müsse sich zutiefst über die Entscheidung Patels schämen.

"Julian hat nichts Falsches gemacht. Er hat kein Verbrechen begangen und ist kein Krimineller. Er ist ein Journalist und ein Herausgeber, und er wird bestraft, weil er seinen Job gemacht hat."

Jetzt würden Gesetze fremder Staaten über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Großbritannien bestimmen, beklagten sich Vertreter der Enthüllungsplattform.

Die Innenministerin habe die Gelegenheit gehabt, die "richtige" Entscheidung zu treffen, doch nun werde sie für immer in Erinnerung bleiben als eine Komplizin der Vereinigten Staaten mit ihrer mutmaßlichen Agenda, investigativen Journalismus in eine kriminelle Unternehmung zu verwandeln.

Zuvor hatte ein britisches Gericht den Auslieferungsantrag mit der Begründung abgelehnt, dass Assange sich andernfalls umbringen oder in US-Haft unmenschlich behandelt werden könnte. Die USA legten jedoch erfolgreich Berufung gegen das Urteil ein und versicherten Großbritannien, dass seine Rechte gewahrt werden würden.

Auf WikiLeaks wurden im Jahr 2010 unter anderem mehrere Dokumente veröffentlicht, die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und im Irak belegen. Zwischen den Jahren 2012 und 2019 hielt sich Assange in der Botschaft Ecuadors in London auf. Seitdem wird er in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis festgehalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac4f01b480cc56b7020a97.jpeg>

11:50 de.rt.com: **Sberbank-Chef: Beschlagnahme von Bankvermögen in Europa ist illegal**

Am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg sagte der Chef des größten Geldinstituts Russlands, Herman Gref, dass einige Vermögenswerten der Sberbank in Europa beschlagnahmt und grundlos verkauft worden seien. "Das ist Gesetzlosigkeit", betonte der Spitzenbanker. Seine Bank habe unter diesen Maßnahmen sehr gelitten.

Gegenüber Reportern sagte er am Freitag:

"Dies ist ein Zeichen für die ganze Welt über die Unzuverlässigkeit dieser Länder und den dortigen Schutz der Eigentumsrechte. Ich denke, dass diejenigen, die so gehandelt haben, ihren makroökonomischen Preis zahlen werden."

Gref zeigte sich aber optimistisch, da die Sberbank seinen Angaben zufolge die überwiegende Mehrheit der Probleme bereits gelöst habe. Die Agentur Interfax zitierte ihn mit den Worten:

"Das war die vielleicht schwierigste Situation in der gesamten Geschichte der Bank. Aber ich freue mich, heute sagen zu können, dass wir sie überstanden haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac3c57b480cc5a2c27061d.jpg>

Sberbank-Chef Herman Gref am 3. Juni 2021

11:57 de.rt.com: **Google-Tochtergesellschaft in Russland meldet Konkurs an**

Die Beschlagnahme des Bankkontos der Tochtergesellschaft mache den Betrieb der russischen Niederlassung unmöglich. Daher habe man sich entschlossen, ein Konkursverfahren einzuleiten. Die Beschlagnahme der Konten wurde nach Klagen russischer Fernsehsender durchgeführt.

Googles Tochtergesellschaft in Russland hat am 18. Mai ein Insolvenzverfahren eröffnet. Anlass hierfür sei die Sperrung des Bankkontos des Unternehmens. Der Betrieb der russischen Niederlassung einschließlich der Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter und deren Gehaltszahlungen, Zahlungen an Lieferanten und Auftragnehmer sowie die Erfüllung weiterer finanzieller Verpflichtungen seien unmöglich geworden.

Ein Google-Sprecher erklärte, dass das Unternehmen Nutzern in Russland unter anderem weiterhin kostenlose Dienste wie die Suchmaschine, YouTube, Gmail, Google Maps und Google Play zur Verfügung stellen werde.

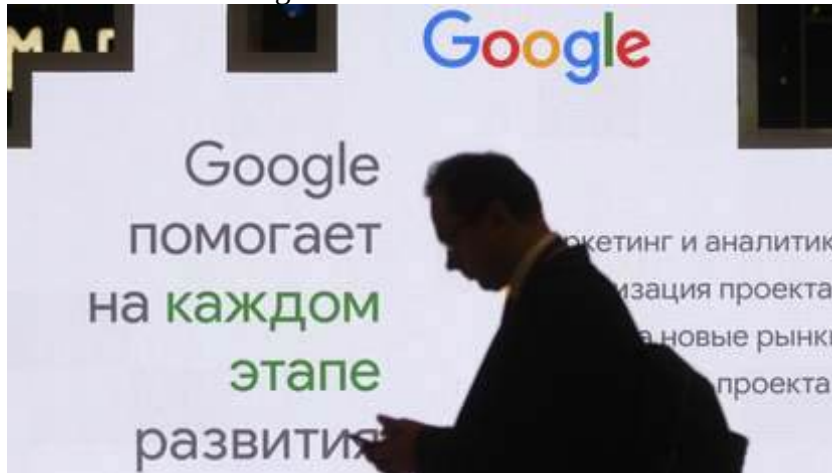
Das Eigentum und die Vermögenswerte der russischen Tochtergesellschaft waren aufgrund von Forderungen mehrerer russischer Fernsehsender beschlagnahmt worden. Am 7. Juni verhängte ein Schiedsgericht die Beschlagnahme von insgesamt einer Milliarde Rubel (rund 17 Millionen Euro) als Zwangsmaßnahme aus zwei Klagen der russischen staatlichen Medienholding WGTRK.

Auch Forderungen aus Klagen des Unternehmens GPM Raswlekatelnoje Telewidenije, das der Gazprom-Media-Holding gehört, des Fernsehsenders NTV, des Fernsehsenders 360, des Fernsehsenders Swesda und von ANO TV Nowosti, dem Gründer des Senders RT in Höhe von jeweils 500 Millionen Rubel wurden beglichen. Anlass für die Klagen war die Sperrung der Kanäle dieser russischen Mediendienstleister auf YouTube.

Die russische Aufsichtsbehörde Roskomnadsor forderte die Aufhebung der Beschränkungen mit der Begründung, dass sie "gegen die wichtigsten Grundsätze der freien Verbreitung von Informationen und des ungehinderten Zugangs zu ihnen verstoßen".

Nachdem der Dienstleister versäumt hatte, in Russland verbotene Inhalte zu entfernen, verhängte das Gericht gegen Google zudem eine Strafe von mehr als 7,2 Milliarden Rubel (rund 122 Millionen Euro) und ordnete eine Zwangsvollstreckung der Maßnahme an. Ende Mai wurden die Schuldnerinformationen des Konzerns aus der Datenbank des Föderalen Gerichtsvollzieherdienstes Russlands gelöscht, was bedeutet, dass das Unternehmen die

Geldstrafe vollständig bezahlt hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac4053b480cc5a2c270620.jpg>

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Macron sichert Kiew Europas Beistand auf Ukrainisch zu**

Nach seiner Ukraine-Reise und einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij hat sich der französische Staatschef Emmanuel Macron in einer Reihe von Tweets in ukrainischer Sprache an das ukrainische Volk gewandt. In Bezug auf die EU-Kandidatur des Landes kündigte Macron "entschlossenes und klares Handeln" an: "In den kommenden Tagen, sobald die Europäische Kommission den Diskussionsrahmen festlegt, werden wir, die 27 EU-Mitgliedstaaten, gemeinsam wichtige historische Entscheidungen treffen müssen, um unsere Versprechen einzulösen. Wir müssen der Ukraine entschlossenes und klares Handeln zeigen."

Die Ukraine gehöre zu Europa, betonte Frankreichs Staatsoberhaupt und sicherte Kiew den Beistand Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Rumäniens in der EU-Beitrittsfrage zu: "Die Ukraine ist Teil der europäischen Familie. Zusammen mit unseren Partnern aus Deutschland, Italien und Rumänien unterstützen wir den Status der Ukraine als unmittelbaren Beitrittskandidaten zur Europäischen Union und bestätigen dies gegenüber Präsident Selenskij."

Macron betonte anschließend:

"Noch ist die Ukraine nicht gestorben. Ihr könnt euch auf die Brüderlichkeit Europas verlassen, damit die Ukraine frei bleibt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac4b96b480cc56b7020a85.jpg>

12:30 de.rt.com: **Um 50 Prozent: Gazprom reduziert Lieferung von Erdgas nach Italien**

Der russische Energiekonzern Gazprom hat nach Angaben des italienischen Gasversorgers Eni die Lieferung von Erdgas nach Italien gedrosselt. Demnach sagte der russische Gaskonzern dem südeuropäischen Land für Freitag lediglich 50 Prozent der bestellten Liefermenge zu. Ursprünglich hatte Italien an diesem Tag 63 Millionen Kubikmeter Gas aus Russland bestellt.

Bereits seit einigen Tagen muss Gazprom seine Gaslieferungen nach Europa reduzieren, weil eine für Reparaturen an der Ostseepipeline Nord Stream 1 benötigte Turbine aufgrund westlicher Sanktionen in Kanada festhängt. In den überwiegend von russischem Gas abhängigen Euro-Staaten sorgt dies derweil für Probleme bei der Energieversorgung. So etwa kommt in Frankreich seit Mittwoch überhaupt kein Gas aus Russland mehr an.

12:50 de.rt.com: **Frankreich erhält keine Gaslieferungen aus Russland mehr**

Frankreich erhält nach eigenen Angaben derzeit kein Gas aus Russland. Wie der französische Gasnetzbetreiber GRTgaz am Freitag mitteilte, sei dies bereits seit Mittwoch der Fall, und überwiegend der "Unterbrechung des Gasflusses zwischen Frankreich und Deutschland" geschuldet.

Gazprom hatte am Mittwoch begonnen, die Gasliefermengen nach Europa zu reduzieren.

Grund hierfür sind Reparaturarbeiten an der Ostseepipeline Nord Stream 1. Für die vollständige Instandsetzung wird eine Turbine des Herstellers Siemens benötigt, die aufgrund westlicher Sanktionen gegen Russland allerdings derzeit in Kanada festhängt.

In Deutschland sei die Gasversorgung hingegen vorerst gesichert. "Wir beobachten die Situation mit großer Achtsamkeit. Trotz der Drosselung der Gaslieferungen aus Russland läuft die Gasversorgung derzeit weiterhin stabil", erklärte die Vorsitzende des Energieverbandes BDEW, Kerstin Andreae am Freitag. Und weiter:

"Gas kommt aus allen Himmelsrichtungen nach Europa und somit auch nach Deutschland."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac436d48fbef441c463a2a.jpg>

12:58 de.rt.com: **UN-Kommissar Filippo Grandi weist auf Doppelmoral bei Behandlung von Flüchtlingen hin**

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi hat auf mangelnde Unterstützung für nicht-ukrainische Flüchtlinge hingewiesen. Auch Syrien, Afghanistan und mehrere afrikanische Länder benötigten weiterhin humanitäre Hilfe, erklärte der UN-Vertreter.

Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hat Bedenken zum Ausdruck gebracht, dass durch die Aufstockung der Hilfe für die Ukraine andere bedürftige Regionen weltweit zu wenig humanitäre Unterstützung erhalten könnten. Dies erklärte er am Freitag in einem Interview mit dem Fernsehsender NHK.

Grandi befürwortete zwar die aktive Sammlung von Hilfsgütern für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in der Ukraine, zeigte sich aber besorgt über die mangelnde Unterstützung für Menschen in ähnlichen Situationen in Afghanistan, Syrien und anderen bedürftigen Staaten:

"Diese Gelder sind möglicherweise von Hilfsfonds umgeleitet worden sein, die für andere Länder bestimmt waren. Bereits bestehende Probleme in anderen Regionen werden oft ignoriert."

Mit Blick auf die weltweiten Ernährungsprobleme warnte der UNO-Kommissar vor einer möglichen Verschlechterung der Lage auf dem afrikanischen Kontinent:

"Afrikas prekäre Regionen sind nicht nur von Konflikten und Armut, sondern auch vom Klimawandel betroffen. Wenn dann noch Nahrungsmittelknappheit hinzukommt, darf man sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, wegzugehen."

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge berichtete Ende Mai, dass die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, die aufgrund von bewaffneten Konflikten, Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat vertrieben wurden, weltweit erstmals die 100-Millionen-Grenze überschritten hat. Das Ressort erklärte, dass die Zahl gewaltsam vertriebener Menschen auf der Welt aufgrund neuer Gewaltwellen oder langwieriger Konflikte in Staaten wie Afghanistan, Burkina Faso, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, Myanmar und Nigeria Ende 2021 auf 90 Millionen gestiegen ist.

Zudem sollen durch die Militäroperation in der Ukraine im Jahr 2022 acht Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben worden sein; mehr als sechs Millionen Flüchtlinge seien registriert worden. Die EU habe auf die Situation uneinheitlich reagiert, fügte Grandi hinzu. Er erinnerte daran, wie sich die EU-Länder über die Aufnahme kleiner Gruppen von Migranten, die mit Booten über das Mittelmeer kamen, gestritten hatten, und verglich diese Situation mit der Großzügigkeit gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac4ea048fbef6c3453f905.jpg>

13:10 de.rt.com: **EU-Kommission spricht sich für Beitrittskandidatenstatus der Ukraine und Moldau aus**

Die EU-Kommission hat sich am Freitag dafür ausgesprochen, die Ukraine und Moldau offiziell als Beitritts-Kandidaten zur Europäischen Union zu listen. Das berichtet die dpa unter Berufung auf Kommissionskreise. Mit ihrer Entscheidung legt die Behörde somit die Grundlage für einen möglichen Beschluss der EU-Mitgliedstaaten. Bereits in der kommenden Woche wollen die Staats- und Regierungschefs demnach über das Thema beraten. Die Ukraine hatte kurz nach Beginn des Krieges in dem osteuropäischen Land die Aufnahme in die EU beantragt. Nur wenige Zeit später reichten auch der kleine Nachbar des Landes,

Moldau, sowie das im Südkaukasus gelegene Georgien Beitrittsanträge in Brüssel ein. Das nun von der EU-Kommission vorgeschlagene Prozedere sieht nach Informationen der dpa vor, der Ukraine und Moldau den Status als EU-Beitrittskandidaten zu verleihen. Weitere Fortschritte im Beitrittsprozess der beiden Länder sollten nach Ansicht der Behörde jedoch an konkrete Bedingungen geknüpft werden. Insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen Korruption zeigen sich in beiden Ländern derzeit noch schwerwiegende Defizite.

Georgien soll nach der Empfehlung der EU-Kommission hingegen erst nach der Erfüllung bestimmter Auflagen den Kandidatenstatus erhalten. Ähnlich wie Bosnien-Herzegowina und Kosovo würde das Land dann vorerst nur ein potenzieller Beitritts-Kandidat sein.

Wie es mit dem Beitritt der Ukraine und Moldau in die Europäische Union weitergeht, müssen jetzt die EU-Staaten entscheiden. Allerdings gehen die Ansichten der Regierungen zu diesem Thema bislang weit auseinander. Unter anderem halten Portugal und die Niederlande die Vergabe des Kandidatenstatus an die drei Staaten nach Angaben von Diplomaten für verfrüht, und betrachten die Debatte als rein symbolisch.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac5b52b480cc54426d78cb.jpg>

Aus Solidarität hatte das EU-Parlament im Frühling bereits die ukrainische Flagge gehisst.

13:22 de.rt.com: **China erklärt sich bereit, Ersatzteile für Flugzeuge nach Russland zu liefern**

Der chinesische Botschafter in Russland gab bekannt, dass sein Land bereit sei, Flugzeug-Ersatzteile nach Russland zu liefern. Entsprechende Kanäle werden organisiert, von Pekings Seite gebe es keine Einschränkungen.

Chinas Botschafter in Moskau, Zhang Hanhui, hat am Freitag erklärt, dass sein Land bereit sei, Ersatzteile für Flugzeuge nach Russland zu liefern. Er sagte der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Wir sind bereit, der Russischen Föderation Ersatzteile zu liefern, wir organisieren eine solche Zusammenarbeit. Momentan arbeiten die Fluggesellschaften daran, sie haben gewisse Kanäle. Vonseiten Chinas gibt es keine Beschränkungen."

Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar hatten die USA, Kanada, Großbritannien und die EU ihren Luftraum für Russland geschlossen und mehrere Sanktionen gegen russische Fluggesellschaften verhängt. Die Sanktionen beinhalten ein Verkaufs-, Leasing- und Wartungsverbot für Flugzeuge sowie ein Verkaufsverbot für Ersatzteile. Daraufhin erlaubte Russlands Regierung den heimischen Fluggesellschaften, bei ausländischen Unternehmen geleaste oder geliehene Flugzeuge weiterhin zu betreiben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac5f4ab480cc54426d78d4.jpg>

13:30 de.rt.com: **Russische Truppen zerstören Asow-Hauptquartier in der Region Charkow**

Das russische Militär hat nach eigenen Angaben das Hauptquartier einer Einheit des nationalen ukrainischen Asow-Bataillons in der Region Charkow zerstört. "Das Hauptquartier der nationalistischen Einheit Asow wurde in der Nähe von Pessotschin in der Region Charkow zerstört", sagte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Freitag bei einem Briefing.

Konaschenkow fügte hinzu, dass die russischen Streitkräfte über Nacht 18 Gebiete angegriffen hätten, in denen sich Personal und militärische Ausrüstung der ukrainischen Armee konzentriert hätten. Zuvor hatte das russische Untersuchungskomitee erklärt, dass Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons in Mariupol Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht hätten, wobei über 2.000 Menschen gestorben seien.

14:10 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Die meisten ausländischen Söldner im Ukraine-Krieg aus Polen angereist**

Das russische Verteidigungsministerium hat Statistiken über die Herkunft ausländischer Söldner veröffentlicht, die im Ukraine-Krieg an der Seite der Regierung in Kiew kämpfen. Demnach ist Polen der Spitzenreiter unter den europäischen Ländern sowohl bei der Zahl der Söldner, die in der Ukraine angekommen sind, als auch bei der Zahl der in den dortigen Gefechten gefallenen Söldner. Das berichtete der Behördensprecher, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Freitag.

Nach Angaben des Ministeriums sind seit Beginn der russischen militärischen Sonderoperation insgesamt 1.831 Söldner aus Polen in der Ukraine eingetroffen, von denen 378 getötet wurden und 272 wieder zurück in ihre Heimat gereist sind. Gefolgt wird Polen in dieser Liste von Rumänien mit jeweils 504 angereisten, 102 gefallenen und 98 zurückgekehrten Söldnern. An dritter Stelle kommen die Kämpfer aus Großbritannien – von den insgesamt 422 Personen sind inzwischen 101 getötet worden und 95 wieder abgereist. Was den nordamerikanischen Kontinent anbetrifft, kamen die meisten Söldner aus Kanada und den USA. Für die beiden Staaten lagen die Zahlen der Ankünfte bei jeweils 601 und 530, die der Kriegstoten bei 162 beziehungsweise 214, und die der Abreisen bei jeweils 169 und 227.

Mit Hinblick auf den Nahen Osten, Transkaukasien und Asien kamen die meisten, nämlich 355 Söldner, aus Georgien, von denen 120 getötet wurden und 90 die Ukraine wieder verließen. Gefolgt werden sie von Kämpfern terroristischer Einheiten, die aus den von den USA kontrollierten Gebieten im Norden Syriens in die Ukraine verlegt wurden – 200 Ankünfte, 80 Tote und 66 Abreisen.

Laut der Statistik kämpfen derzeit Bürger aus insgesamt 64 Ländern an der Seite der ukrainischen Militäreinheiten. Bis heute sind zusammengerechnet 2.000 ausländische Söldner während der Kampfhandlungen gefallen.

Konaschenkow wies darauf hin, dass der Zustrom von Ausländern in die Ukraine angesichts "der militärischen Misserfolge des Kiewer Regimes und der massiven täglichen Verluste" inzwischen nicht nur abgenommen habe, sondern sich sogar in die entgegengesetzte Richtung umkehre.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac5dc348fbef69b654b261.jpg>

Ein ukrainischer Panzer auf dem Weg nach Lissitschansk

14:26 de.rt.com: **Serbisch-bosnischer Politiker: Westen will nur Vasallen**

Das System des Westens sei inzwischen zusammengebrochen, erklärte der serbisch-bosnische Spitzenpolitiker Milorad Dodik. Er nannte Xi Jinping und Wladimir Putin außerdem als Beispiele für globale Führungspersönlichkeiten, die dem Westen inzwischen fehlen würden. Milorad Dodik, serbisches Mitglied des Staatsrates von Bosnien-Herzegowina, hat sich am Donnerstag beklagt, dass die Probleme, mit denen die Welt konfrontiert ist, staatsmännisches Handeln von ernsthaften Führungspersönlichkeiten erfordern, die es im Westen einfach nicht gebe. Russlands Präsident Wladimir Putin, der chinesische Staatschef Xi Jinping und in gewissem Maße auch der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan seien die einzigen Führungspersönlichkeiten, die derzeit Einfluss auf globale Angelegenheiten nehmen könnten, so Dodik.

Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg erklärte der bosnische Politiker:

"Es gibt ein ernsthaftes Führungsdefizit auf der Weltbühne. Es gibt nur wenige Führer, die Entscheidungen treffen können. Erzählen Sie mir nicht, dass es im Westen mächtige Personen gibt, die durch ihr Engagement globale Probleme lösen können. Ich denke, es gibt vielleicht zwei oder drei ernst zu nehmende Führungspersönlichkeiten – Präsident Putin, Xi und vielleicht Erdoğan."

Die Probleme, die die Welt derzeit beunruhigen, erfordern "eine starke Antwort von starken Führungspersönlichkeiten", so Dodik, "von Staatsmännern, die den Alltagslärm ignorieren können, um weitreichende Entscheidungen zu treffen, deren Vorteile vielleicht erst für künftige Generationen spürbar werden".

Dodik, ein Sozialdemokrat, der die bosnische Politik seit 2006 prägt, legte Russland einige der Lehren aus den Balkankriegen der 1990er Jahre nahe, in denen Jugoslawien zerlegt und an seiner Stelle vom Westen unterstützte Protektorate errichtet worden seien. Er erklärte:

"Der Westen will, dass die Länder seine Vasallen oder Mündel sind, nichts anderes. Das hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Aber ich denke, dieses System ist gerade zusammengebrochen."

Dabei verwies er insbesondere auf das Beispiel seines Herkunftslandes, das ein westliches Protektorat sei.

Seit dem Ende des Bürgerkriegs 1995 gebe es im politischen System des Landes den Posten des "hohen Repräsentanten", der Gesetze erlassen und sogar die Verfassung ändern kann, sagte Dodik. Er nannte dieses Amt "ein Synonym für das Scheitern der liberalen amerikanischen Welt, die es in 27 Jahren mit dieser Macht und militärischen Präsenz ... nicht geschafft hat, Bosnien zu reparieren oder zu stabilisieren".

Russland habe sich geweigert, ein Vasall zu werden, und stattdessen angeboten, ein Partner zu sein, so Dodik, und sei vom Westen abgewiesen worden, weshalb der gegenwärtige Konflikt in der Ukraine nicht zwischen Moskau und Kiew statfinde, sondern ein "globaler Wettstreit des Willens, an dem diejenigen, die angeblich nicht teilnehmen – der Westen – gewinnen wollen". Allerdings wolle sich der Westen auch offiziell aus dem Krieg heraushalten, weshalb er den Sieg anstrebe, indem er Waffen nach Kiew schicke und "bis zum letzten Ukrainer" kämpfe, fügte er hinzu.

Dodik drängte auf ein schnelles Ende der Gewalt und gab der "unverantwortlichen" ukrainischen Regierung die Schuld, die "auf die westlichen Erzählungen" von einem besseren Leben als Mitglied der EU und der NATO hereingefallen sei. "Natürlich war das alles eine Lüge, die niemand wirklich wahr machen konnte", sagte er.

Der bosnisch-serbische Führer wies darauf hin, dass der Westen heute auf der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine bestehe, sich aber im Falle Serbiens nicht darum gekümmert habe, als es 1999 die Provinz Kosovo "abtrennte", 2008 ihre Unabhängigkeit erklärte und nun von Belgrad verlangt, sie als solche anzuerkennen.

In der Zwischenzeit habe der Westen Moskau des "böartigen Einflusses" auf dem Balkan beschuldigt. Dodik empörte sich, dass es "nicht die Russen (waren), die uns mit abgereichertem Uran bombardiert haben" oder die jede abweichende Meinung unterdrücken, während sie behaupten, an Redefreiheit und Eigentumsrechte zu glauben.

Dodiks Beharren auf der serbischen Souveränität in Bosnien im Einklang mit dem Friedensabkommen von 1995 brachte ihn in Konflikt mit den westlichen Mächten. Die USA und später das Vereinigte Königreich setzten ihn auf ihre schwarze Liste der Sanktionen, da seine "Rhetorik" den Frieden untergrabe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac6378b480cc5579055e8e.jpg>
g

14:45 de.rt.com: **Bericht: Hunderte Ukrainer stecken wegen Abbruchs diplomatischer Beziehungen in Moskauer U-Haft fest**

Laut einem Bericht der russischen Zeitung Kommersant werden derzeit mindestens 245 ukrainische Staatsbürger in Moskauer Untersuchungshaftanstalten festgehalten. Während es vor der Sonderoperation Vereinbarungen gab, dass in Russland festgenommene Ukrainer in ihre Heimat abgeschoben werden können, funktionieren diese Mechanismen jetzt nicht mehr. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine wurden eingestellt. Die Zeitung schreibt unter Berufung auf Ewa Merkatschewa, ein Mitglied des Moskauer Menschenrechtsrates, dass von den Betroffenen rund 60 Personen auf Ersuchen der Ukraine festgenommen wurden, weil sie in ihrem Heimatland Verbrechen begangen haben. Etwa 180 weitere Gefangene werden beschuldigt, in Russland Verbrechen begangen zu haben. Insgesamt 113 ukrainische Staatsbürger warten laut dem Bericht in dem Untersuchungsgefängnis Sacharowo nahe Moskau auf ihre Abschiebung. Die Situation wird dadurch erschwert, dass viele von ihnen keine Reisepässe haben und die ukrainische Botschaft in Moskau geschlossen ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac571db480cc5579055e7c.jpg>

15:00 de.rt.com: **Ukraine behauptet, einen russischen Schlepper der Schwarzmeerflotte zerstört zu haben**

Die Ukraine behauptet, einen russischen Schlepper im Schwarzen Meer zerstört zu haben, als er dabei war, Munition, Waffen und Militärpersonal zur Schwarzmeerinsel Smeiny (Schlangeninsel) zu liefern. Das ukrainische Militär schrieb darüber am Freitag auf Facebook. Demnach sei der Schlepper "Wassili Bech" im Jahr 2017 in die russische Schwarzmeerflotte aufgenommen worden.

Wann dies genau passiert sein soll, ist unklar. Die Informationen können derzeit nicht unabhängig überprüft werden. Die russische Seite hat den Vorfall noch nicht kommentiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac4b1448fbef6c9e4e71e6.jpg>
Ein Satellitenbild der Smeiny-Insel vom 13. Februar 2022

15:10 de.rt.com: **Russisches Militär veröffentlicht Statistik über ausländische Söldner in der Ukraine**

Die größte Anzahl von Söldnern ist aus Polen, Kanada und den USA in die Ukraine gekommen. Insgesamt kämpften für die Ukraine 6.956 ausländische Söldner aus 64 Staaten. Diese Angaben machte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow.

Das russische Verteidigungsministerium hat die Zahl der ausländischen Söldner bekannt gegeben, die auf Seite der Ukraine kämpfen. Die von der Agentur gesammelten Statistiken wurden auf Telegram veröffentlicht. Darauf wies der Sprecher des russischen Verteidigungsressorts Igor Konaschenkow hin. Nach Angaben des russischen Militärs soll die größte Zahl von Söldnern aus Polen (1.831), Kanada (601) und den USA (530) in die Ukraine gekommen sein.

Söldner und Waffenspezialisten sollen aus insgesamt 64 Ländern in die Ukraine gekommen sein, wobei 3.321 der 6.956 Eingereisten sich weiterhin im Land aufhalten. In diesem Zusammenhang betonte das russische Verteidigungsministerium auf Telegram:

"Die jüngsten leeren Behauptungen über fast 20.000 Ausländer, die angeblich gegen die russischen Streitkräfte kämpfen, sind nichts anderes als Lüge."

Die gesamte vom Verteidigungsministerium veröffentlichte Länderliste ist nach Weltregionen aufgeteilt: Europa, Amerika, Asien, Afrika sowie Australien und Ozeanien. Von den anderen europäischen Ländern außer Polen sind Rumänien (504), Großbritannien (422) und Kroatien (204) führend bei der Zahl der in die Ukraine eingereisten Söldner. Mit 2.515 Personen bilden Europäer die Mehrheit an Söldnern in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte.

Unter den nord- und südamerikanischen Ländern sind Kanada und die Vereinigten Staaten führend bei der Zahl der Söldner, die für die ukrainischen Streitkräfte kämpfen, aber auch Söldner aus Bolivien (50), Kolumbien (40), Brasilien (39), je einer aus Chile und Venezuela und zwei aus Argentinien kämpfen für Kiew.

Aus der asiatischen Region gingen die meisten Söldner aus Georgien in die Ukraine (355). Darüber hinaus kämpfen Syrer (200), Türken (61) und Israelis (61) gegen die Donbass-Republiken und Russland.

Zudem merkte das Verteidigungsministerium an, dass vier australische und ein neuseeländischer Staatsbürger in der Ukraine angekommen seien. Laut dem Ministerium habe Letzterer jedoch das Kriegsgebiet bereits wieder verlassen.

Ausländische Söldner und ihre Ausbildungszentren auf dem Territorium der Ukraine werden von den russischen Streitkräften regelmäßig eliminiert. Am 11. März erklärte der russische

Verteidigungsminister Sergei Schoigu, dass sich über 16.000 Freiwillige aus dem Nahen Osten für die Entsendung in die Volksrepubliken Donezk und Lugansk beworben hätten, um an Kampfhandlungen auf russischer Seite teilzunehmen, "nicht für Geld, sondern auf eigenen Wunsch".

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärt, dass wenige Tage nach Beginn der Militäroperation am 27. Februar eine internationale Legion aus "ausländischen Freiwilligen" im Land aufgestellt werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac724248fbef6c1e3f5e8c.jpg>

Der britische Söldner Shaun Pinner im Gerichtssaal

16:43 (15:43) deu.belta.by: **Lukaschenko: Niemand weiß, wie sich die Situation in der Ukraine entwickelt. Das ist erst der Anfang**

Niemand weiß heute, wie sich die Situation in der Ukraine entwickeln soll. Dass es aber eines der Elemente der Neuaufteilung der Welt ist, ist offensichtlich. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko bei seinem Besuch im Produktionsbetrieb der OAO Belshina (Reifen) in Bobruisk.

Alexander Lukaschenko sagte, dass heute niemand in der Lage sei, irgendwelche Prognosen aufzustellen. Er treffe sich regelmäßig mit Wladimir Putin und bespreche viele Themen, von Wirtschaft und Sicherheit bis hin zu den militärischen Fragen. „Das ist erst der Anfang. Alles, was heute in der Ukraine passiert, ist erst der Anfang. Eine umfassende Neuaufteilung der Welt zeichnet sich ab. Deshalb ist es schwer zu sagen, was weiter kommt. Es wird schwierig sein. Die Staaten werden hart angegriffen. In erster Linie werden kleinere und mittlere Staaten leiden: Belarus, Tschechien, Österreich, die Schweiz. Niemand wird sich verstecken können. Auf sie wird ebenfalls eingehauen. Die Welt wird eine andere sein.“

Alexander Lukaschenko betonte, dass sich Russland nach wie vor für eine Beilegung des Konflikts einsetzt, die am Verhandlungstisch erzielt werden kann. Die Ukraine hat auf Befehl aus den USA auf die Verhandlungen verzichtet. Die Ukraine wird aus den USA und Großbritannien gesteuert. Die Polen mischen sich kräftig ein, weil sie in diesem Konflikt sehr große Profite für sich erhoffen. Polen träumt bereits von der Westukraine und dass es sich schnappen kann. „Wir werden das nicht so stehen lassen. Wir werden darauf reagieren müssen. Wir lassen es nicht zu, dass uns Polen umzingelt. Das ist sehr gefährlich. Ich habe früher gesagt: Es kommt die Zeit, da wird die Ukraine Belarus und Russland darum bitten, sie von den Polen zu befreien, um ihre territoriale Integrität zu schützen.“

Polen agiert so dreist in der Ukraine, weil es von den USA angefeuert wird. Die USA finanzieren das ganze Geschäft, geben Waffen, verlegen Truppen. „Das sehen wir alles. Ich habe deshalb unsere westlichen und südlichen Staatsgrenzen verstärkt. 10 Militärverbände stehen entlang der Grenze und stärken unseren Grenzern den Rücken. Niemand darf in Belarus einmarschieren. Und solche Ideen standen bereits im Raum“, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Präsident ist überzeugt, dass der Westen versucht, Belarus in diesen Konflikt hineinzuziehen.

„Putin hat mich nie gebeten, jemanden in der Ukraine zu töten und etwas Ähnliches zu tun. Der Westen aber treibt uns in diesen Konflikt. Er will sowohl mit Russland als auch mit Belarus fertig werden und eine Front aufzubauen – von St. Petersburg bis nach Rostow. Sie wollen diesen „belarussischen Balkon“ zerstören. Im Jahr 2020 hat das nicht geklappt. Sie tun es wieder, aber jetzt mit anderen Methoden“, sagte der Staatschef.

Alexander Lukaschenko sagte, es liege ihm viel daran, sein Land in diesen heißen Konflikt nicht hineinziehen zu lassen. Er wolle keinen Krieg auslösen. „Wir müssen unseren Boden verteidigen. Das gelingt uns bisweilen, Gott sei Dank. Mein Ziel ist es nicht, dass wir uns diesem Konflikt so lange wie möglich fern bleiben. Mein Ziel ist, dass dieser Konflikt so bald wie möglich zu Ende ist.“, sagte er.

Die geplante Reise von Bundeskanzler Olaf Scholz, Staatspräsident Frankreichs

Emmanuel Macron und Ministerpräsident Italiens Mario Draghi nach Kiew rief beim belarussischen Staatschef Alexander Lukaschenko Verwunderung hervor: „Was war das Ziel? Es ist noch nicht klar. Aber Europa braucht auch keinen Krieg. Nur haben Sie wohl bemerkt – in der Delegation gab es weder einen Polen noch einen Briten noch einen US-Amerikaner. Deshalb wirft diese Visite bestimmte Fragen auf. **Entweder hat Europa beschlossen, den Konflikt einzudämmen und den Krieg zu beenden, oder es ging ein Befehl von den USA aus: Geht doch in die Ukraine, unterstützt Selenskyj und verspricht Waffen.**“

Alexander Lukaschenko hält die zweite Variante für höchstwahrscheinlich, weil der französische Präsident bereits heute der Ukraine modernste Waffen zugesagt hat. „Dort wird etwas organisiert. In der nächsten Zeit werden wir mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin darüber beraten. Niemand kann heute genau sagen, wie sich die Ereignisse entwickeln werden. Es gibt genug Ungewissheiten“, sagte Alexander Lukaschenko.

In diesem Zusammenhang rief der belarussische Staatschef zur Einheit auf. „Es wird schwierig sein. Wir brauchen diesen Zusammenhalt, diese Einheit. Wir haben unser Bestes zu tun, um das eigene Land zu verteidigen. Unsere Wirtschaft ist stark und hat sich weltweit etabliert. Wir stellen Nahrungsmittel und Kleidung her. Wir produzieren viel, was die Menschen im Alltag so brauchen.“

Der Präsident versicherte auch, dass Belarus in der Ukraine keinen Krieg führen will.

„Gestern wurde ich gefragt, ob die belarussische Armee in die Ukraine einmarschieren wird. Ich sagte: Wir werden nirgendwo einmarschieren, solange die Ukraine die rote Linie nicht überschreitet. Soll irgendjemand unsere Staatsgrenze verletzen oder unsere Ölraffinerie in Mosyr als militärisches Ziel ins Visier nehmen – und diese verrückte Idee stand bereits im Raum – werden wir sofort reagieren. Daher: Fassen Sie uns nicht an, und wir werden Sie nicht angreifen. Wenn Sie unsere Menschen entführen, werden wir sie befreien. Im Rahmen einer vielschichtigen Operation. Wenn es uns nicht gelingt, diese Menschen auf friedlichem Wege zu befreien, dann werden wir eine Militäroperation anordnen. Aber wir lassen unsere Leute nicht im Stich. Anders geht es nicht“, sagte der belarussische Staatschef.

Darüber hinaus machte Alexander Lukaschenko darauf aufmerksam, dass eine **gute militärische Ausbildung und die Stärkung der belarussischen Armee** heute von Bedeutung sind: „Wir werden unsere Männer ausbilden. Die Zeit ist reif. Je zahlreicher wir sind und je stärkere Waffen wir haben, desto ruhiger werden wir sein. In der Ukraine wird man wissen: Wenn sie Mosyr angreifen, werden wir Kiew angreifen, ohne in die Ukraine einmarschieren zu müssen. Das müssen sie verstehen. Aber für einen Angriff sollen passende Waffen vorhanden sein. Wir haben solche Waffen“.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1655473490_61002_big.jpg

16:00 de.rt.com: **Ab dem 1. Juli: Ukraine führt Visa für russische Staatsbürger ein**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Freitag angekündigt, dass russische Staatsbürger ab dem 1. Juli vor ihrer Einreise in die Ukraine ein Visum beantragen müssen. "Laut dem geplanten Beschluss des Ministerkabinetts wird die Ukraine ab dem 1. Juli 2022 eine Visumpflicht für die Einreise russischer Staatsbürger einführen", [schrieb](#) er auf Telegram. Der Schritt erfolge "im Rahmen der Bekämpfung beispielloser Gefahren für die nationale Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität unseres Staates", begründete Selenskij die Maßnahme.

Bisher durften sich russische Staatsangehörige 90 Tage lang visumfrei in der Ukraine aufhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac691248fbef6b69320037.jpg>

Kontrollpunkt an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine

16:30 de.rt.com: **Russlands Sicherheitschef: Der Westen will Eurasien in einen Konfliktherd verwandeln**

Der Westen versucht nach Ansicht des russischen Sicherheitsratssekretärs Nikolai Patruschew

Eurasien in einen Konfliktherd zu verwandeln, wo die Länder einander bekriegen.
Am Freitag erklärte Patruschew auf einer OVKS-Tagung in der armenischen Hauptstadt Jerewan:

"Wir betrachten die ständigen Bemühungen der USA und ihrer Verbündeten, postsowjetische Bündnisse wie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) zu untergraben, als Bedrohung."

Und er fügte hinzu:

"Das langfristige Ziel des Westens ist es, Eurasien in einen Konfliktherd zu verwandeln, in eine Region mit kriegführenden Ländern, wie die Ukraine, in Marionettenstaaten oder in Kolonien."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac74f5b480cc557a43e514.jpg>

16:55 de.rt.com: **Kiew kündigt Pläne an, die Krim mit militärischen Mitteln zurückzuholen**

Die Beauftragte des ukrainischen Präsidenten für die Krim, Tamila Taschewa, hat erklärt, dass sich Kiews Taktik bei der Zurückeroberung der Halbinsel nach dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine am 24. Februar geändert habe. Man werde ab jetzt mit militärischen Mitteln vorgehen. Im Gespräch mit dem TV-Sender Ukraina 24 sagte Taschewa:

"In der Krim-Frage haben sich die Ansätze zur Rückholung dieses Territoriums nach dem 24. Februar geändert. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir uns jetzt in erster Linie auf unsere ukrainischen Streitkräfte verlassen müssen."

Wie die Sprecherin ferner ausführte, würden die Russen, die nach der Aufnahme der Krim in die Russische Föderation auf die Halbinsel gezogen waren, im Fall einer Zurückeroberung durch Kiew von den Territorien vertrieben. Taschewa zufolge sei Kiews Schlüsselposition "die Rückholung unserer Gebiete ohne jegliche Ultimaten an die ukrainische Seite" und eine Rückkehr zu den Grenzen von 1991, einschließlich der Krim und des Donbass. Einige Staatsoberhäupter würden zwar versuchen, die ukrainischen Behörden zu einem Kompromiss in dieser Frage zu bewegen, aber Kiew würde darauf nicht eingehen, so die Sprecherin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac77f948fbef6f51362c14.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 17. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 34 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In Mariupol wurden 2 Basisstationen in Betrieb genommen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3873 Menschen.

An den Eisenbahnstationen Mariupol, Mariupol-Hafen, Wolnowacha, Kaltschik, an der Strecke Wolnowacha – Karan wurden 90 Meter Eisenbahngleis repariert.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 8 Hektar Territorium untersucht und 1481 explosive Objekte entschärft**.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Krasnyj Liman und Perschotrawnewoje 1750 humanitäre Pakete ausgegeben.

In Swetlodarsk wurde eine Sozialkantine eingerichtet und 240 Menschen mit Essen versorgt.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:39 de.rt.com: **Amtsgericht Bautzen erlaubt Buchstaben "Z" in der Öffentlichkeit**

Vor einer Woche erging in einem Strafverfahren der Beschluss des Amtsgerichts Bautzen, wonach sich die dort Angeklagte nicht strafbar gemacht hatte, als sie am 28. März dieses Jahres bei einer öffentlichen Versammlung auf ihrer gelben Warnweste ein schwarzes aufgeklebtes "Z" und auf ihrem Helm ein großes "Z" in roter Farbe trug.

In einem Strafverfahren entschied am 10. Juni das Landgericht Bautzen, dass sich eine Frau, die bei einer öffentlichen Versammlung den Buchstaben "Z" auf ihrer Weste appliziert hatte sowie auch aufgemalt an ihrem Helm trug, nicht strafbar gemacht habe. Der Frau war zunächst vorgeworfen worden, mit dem Tragen dieses Buchstaben "Z" den öffentlichen Frieden zu stören, indem sie damit ihre "Billigung des russischen Angriffskriegs und russischer Kriegsverbrechen" zum Ausdruck bringen würde. Der dabei unterstellte

Straftatbestand "Belohnung und Billigung von Straftaten, in einer Weise, die geeignet sind, den öffentlichen Frieden stören" kann bei Feststellung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden.

Bei der Festnahme habe die Beschuldigte gegenüber der Polizei offen zugegeben, dass sie Russland bewusst unterstützen würde, zumal es sich nach ihrer Meinung nicht um einen russischen Angriffskrieg, sondern um einen Verteidigungskrieg gegen die NATO handeln würde.

Im Beschluss hielt das Amtsgericht zunächst seine Position fest, dass es sich nach Auffassung des Gerichts tatsächlich um einen völkerrechtswidrigen russischen Angriff gegen die Ukraine und um eine verbrecherische Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung handeln würde. Weiter erörterte das Gericht, der Buchstabe "Z", mit dem einige russische Truppen ihre Militärfahrzeuge kennzeichnen, würde vermutlich für die Russen symbolisch "für den Sieg" oder auch "für den Frieden" oder "für die Wahrheit" bedeuten.

Nun mache sich in Deutschland gemäß Paragraf 140 Nr. 2 StGB laut Gericht zwar strafbar, "wer russische Kriegsverbrechen in einer a) den öffentlichen Frieden störenden Weise b) billigt". Demgegenüber "lebe die Demokratie aber auch von Meinungsvielfalt und freiem Diskurs", so argumentiert das Gericht weiter.

"Dabei ist sicher viel Unsinn, Dummheit und Provokation zu ertragen. Das Strafrecht darf aber nicht missdeutet und missbraucht werden, Unliebsames und Unliebsame in die Schranken zu weisen", so folgert das Gericht weiter und schließt daraus hinsichtlich der Verwendung des Buchstabens "Z":

"Bei der bloßen Verwendung des Buchstabens 'Z' auf Kleidungsstücken einer Person ist nicht festzustellen, dass dies schon geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören."

Schließlich unterschied das Gericht auch zwischen der Solidarisierung mit Russland einerseits und andererseits der Billigung des vom Gericht unterstellten russischen Angriffskriegs sowie dabei als begangen unterstellter Kriegsverbrechen, weil beides nicht zwingend gleichzusetzen sei. Diesbezüglich stehe das "Z" nicht automatisch für Kriegsverbrechen, selbst wenn es "für den Sieg" bedeuten solle.

" 'Für den Sieg' ringt Russland aus seiner Sicht auch mit der NATO und der EU und deren Osterweiterung", stellt das Gericht immerhin an dieser Stelle ausdrücklich die potenzielle russische Perspektive fest.

Insofern könne der Angeschuldigten "über die bekundete Solidarität mit Russland hinaus nicht unterstellt werden, auch den Angriffskrieg und die begangenen Kriegsverbrechen Russlands ausdrücklich zu billigen". Schließlich würde der Straftatbestand nach Paragraf 140 StGB eine Billigung von Straftaten unter Strafe stellen, nicht aber eine Gesinnung. Obendrein handele es sich bei dem Buchstaben "Z" grundsätzlich nicht um ein verbotenes Symbol.

Jedenfalls wäre das Tragen des Buchstabens "Z" zu uneindeutig, um damit der Angeklagten die Billigung von russischem Kriegstreiben und Kriegsverbrechen vorzuwerfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac83fdb480cc557a43e532.jpg>

Justitia vor dem deutschen Reichstag

abends:

18:01 de.rt.com: Sberbank-Chef Gref: Russland richtet seine Wirtschaft nach Osten aus und ändert Wirtschaftsstruktur

Herman Gref, der Chef der russischen Sberbank, hielt eine Rede bei einem Business-Frühstück auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg. Darin sprach er über die Neuausrichtung der russischen Wirtschaft nach Osten.

Zu Beginn des traditionellen Business-Frühstücks auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg forderte der Vorstandsvorsitzende der Sberbank, Herman Gref, die Teilnehmer auf, zwei Szenarien für die russische Wirtschaft zu bewerten: den Bau einer "Röhre nach Osten", das heißt eine einfache Neuausrichtung der Versorgung mit wichtigen Exportgütern, und eine Änderung der Wirtschaftsstruktur. Er sagte:

"Der erste Effekt, den wir heute haben, ist, dass die Sanktionen milder ausgefallen sind, als alle Experten erwartet haben: sowohl die Experten auf der anderen Seite der Maßnahmen, die gegen die russische Wirtschaft ergriffen wurden, als auch die russischen Experten. Der Rubel ist stärker geworden, und dafür gibt es Gründe, unter anderem hat sich die Stärkung des Rubels auf die Inflation ausgewirkt, und das, was wir jetzt erleben – niedrigere Zinssätze und eine erneute Kreditvergabe an die Wirtschaft –, ist ein wichtiger Faktor für die Nachhaltigkeit der Entwicklung. Und natürlich haben der enorme Handelsüberschuss, der starke Rückgang der Devisennachfrage und der starke Rückgang der Importströme zu einer Überbewertung des Rubels geführt – eine Situation, die ich noch nie erlebt habe: wenn die Währung in Russland eigentlich nicht gebraucht wird."

Wie Gref feststellte, entfallen auf Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, 56 Prozent der russischen Exporte und 51 Prozent der Importe. Der Leiter von Sberbank bewertete:

"Dies ist eine Bedrohung für 15 Prozent des BIP des Landes."

Ihm zufolge könnte es bis zu zehn Jahre dauern, bis die Wirtschaft wieder das Niveau von 2021 erreicht hat, "wenn nichts getan wird". Gref erklärte:

"Es hat keinen Sinn, einen früheren Horizont zu wählen. Natürlich werden dies schwierige Jahre sein, die wir alle durchleben und in denen wir uns anpassen müssen, aber 2030 ist wahrscheinlich der einzig vernünftige Zeithorizont, der zur Erstellung einiger makroökonomischer Szenarien herangezogen werden sollte."

Nach Ansicht des Leiters der Sberbank reicht es nicht aus, die russischen Handelsströme nach Osten zu lenken. Er erklärte:

"Die größte Herausforderung besteht natürlich darin, die strukturelle Anpassung unserer Wirtschaft sicherzustellen. Etwas, das wir viele, viele Jahre lang nicht tun konnten. Denn wenn man sich die Struktur der Wirtschaft ansieht, hat sie sich in den letzten 20 Jahren zwar verändert, aber nicht radikal. Wir stehen nun vor der großen Herausforderung, diesen Transformationssprung zu schaffen, der in den letzten Jahrzehnten unter völlig anderen makroökonomischen Voraussetzungen nicht möglich war."

Gref wies auch darauf hin, dass die Exporte der russischen Wirtschaft unter den derzeitigen Bedingungen schaden, da sie zu einer übermäßigen Aufwertung des Rubels führen und die inländische Produktion zerstören. Angesichts der beispiellosen Wirtschaftssanktionen glaubt Gref, dass Importe die russische Wirtschaft tatsächlich stärken können. Er erklärte:

"Das, was als das Wichtigste angesehen wurde, der Export, wird jetzt zum Gift für die Wirtschaft. Import wird zum Hauptheilmittel für die Krankheit in Form der Stärkung des Rubels und in der Tat, die Zerstörung der nationalen Produktion – alles wurde auf den Kopf

gestellt."

Es sei unmöglich, die neue Situation auch nur kurzfristig zu überdenken, und noch schwieriger sei es, die Logistik, die physische Infrastruktur und die Zahlungsketten wiederherzustellen. Der Leiter der Sberbank fasste zusammen:

"Die einzige Währung, die gegenüber dem Rubel im Überschuss ist, ist der Yuan. Alle anderen Währungen sind Defizitwährungen. Wir können eine türkische Lira, eine Rupie und so weiter bekommen, die für uns keinen Wert haben, weil wir sie nicht handeln können – es ist keine frei konvertierbare Währung."

Das Sankt Petersburger Wirtschaftsforum ist ein Jahrestreffen von Wirtschaftsakteuren verschiedener Länder. Die daran teilnehmenden Politiker, Ökonomen, Vorstandsvorsitzenden von großen bis mittelständischen nationalen und internationalen Unternehmen, sowie weitere Fachleute aus der Wirtschaft aus durchschnittlich über 120 Ländern, kommen auf Einladung in Sankt Petersburg zusammen. Das 25. Internationale Wirtschaftsforum Sankt Petersburg findet vom 15. bis 18. Juni statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac827548fbef72a3757262.jpg>

18:20 de.rt.com: **Poroschenko: Minsker Abkommen II diene dazu, Zeit zu gewinnen**

Das Abkommen Minsk II, das die Ukraine unter dem Präsidenten Petro Poroschenko unterzeichnet hatte, sollte dem Land Zeit verschaffen, ein stärkeres Militär aufzubauen, so der Oligarch. Somit gab der Ex-Präsident zu, dass Kiew nie vorhatte, das Abkommen umzusetzen.

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat zugegeben, dass der Waffenstillstand 2015 im Donbass, den er als Präsident der Ukraine mit Russland, Frankreich und Deutschland ausgehandelt hatte, lediglich ein Ablenkungsmanöver war, um Kiew Zeit für den Wiederaufbau seines Militärs zu verschaffen.

Er äußerte sich diese Woche entsprechend in Interviews mit mehreren Nachrichtensendern, darunter die Deutsche Welle und der ukrainische Zweig des staatlichen US-Senders Radio Free Europe. Poroschenko verteidigte auch die Bilanz seiner Präsidentschaft im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2019. Über das Friedensabkommen sagte er:

"Wir haben alles erreicht, was wir wollten."

"Unser Ziel war es, erstens die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern, um acht Jahre für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau starker Streitkräfte zu sichern."

Dabei verwies der Ex-Präsident auf die Strategeme von Sun Tzu, die eine Inspiration für die Täuschung gewesen seien. Um einen Krieg zu gewinnen, müsse man nicht unbedingt militärische Gefechte gewinnen, betonte Poroschenko und bezeichnete die von ihm getroffene Vereinbarung in dieser Hinsicht als einen Gewinn für die Ukraine. Der Oligarch wurde bei einer erdrutschartigen Wahl zu seinen Ungunsten und für den Präsidenten Wladimir Selenskij nicht wiedergewählt. Dieser hatte den Wählern versprochen, im Gegensatz zu seinem Vorgänger den Frieden im Donbass zu sichern.

In den Interviews sprach Poroschenko über seine Rolle bei der Aushandlung der Minsker Vereinbarungen, sowie eines Fahrplans für die Aussöhnung zwischen seiner Regierung und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Der ehemalige Präsident bestätigte, dass Kiew nicht in gutem Glauben zu den Gesprächen gekommen war, sondern nach einer militärischen Niederlage einfach nur eine Galgenfrist wollte.

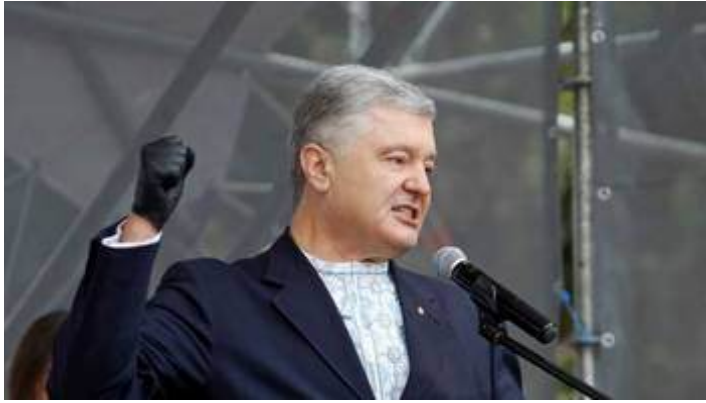
Die Vereinbarungen umfassten eine Reihe von Maßnahmen zur Eindämmung der Feindseligkeiten im Donbass und zur Versöhnung der Kriegsparteien. Die ersten Schritte waren ein Waffenstillstand und ein von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überwachter Abzug schwerer Waffen von der Frontlinie, die bis zu einem gewissen Grad erfüllt wurden.

Anschließend sollte Kiew den Rebellen eine Generalamnestie gewähren und den Gebieten Donezk und Lugansk weitgehende Autonomie zugestehen. Die ukrainischen Truppen sollten die Kontrolle über die von den Rebellen gehaltenen Gebiete übernehmen, nachdem Kiew ihnen eine Vertretung zugestanden und sie anderweitig als Teil der Ukraine wieder eingegliedert hatte.

Poroschenkos Regierung weigerte sich, diese Teile des Abkommens umzusetzen, da sie behauptete, sie könne nicht weitermachen, solange die Grenze zwischen den aufständischen Republiken und Russland nicht vollständig gesichert sei. Stattdessen befürwortete er eine von ukrainischen nationalistischen Kräften initiierte Wirtschaftsblockade der Rebellengebiete. Selenskis Präsidentschaft gab dem Friedensprozess zunächst Auftrieb, doch geriet er nach einer Reihe von Protesten rechtsradikaler Kräfte wieder ins Stocken, die damit drohten, den neuen ukrainischen Präsidenten zu beseitigen, falls er seine Wahlversprechen einlösen würde. Das Versagen Kiews bei der Umsetzung des Fahrplans und die anhaltenden Feindseligkeiten mit den Separatisten gehörten zu den Hauptgründen, die Russland bei seiner Sonderoperation in der Ukraine Ende Februar anführte. Einige Tage vor Beginn des Manövers erkannte Moskau die abtrünnigen ukrainischen Republiken als souveräne Staaten an, bot ihnen Sicherheitsgarantien an und verlangte, dass Kiew seine Truppen zurückziehe. Selenskiy weigerte sich, dem nachzukommen.

Nun forderte der Oppositionsabgeordnete Poroschenko die westlichen Staaten auf, Kiew mehr schwerere Waffen zu liefern, damit die ukrainischen Soldaten "die Aufgabe [des Westens] erfüllen" und Europa gegen Russland verteidigen können. Er forderte außerdem weitere Sanktionen gegen Moskau und einen möglichst baldigen Beitritt seines Landes zur EU und zur NATO.

Der Ex-Präsident behauptete, der russische Präsident Wladimir Putin sei derjenige, der die Minsker Vereinbarungen gebrochen habe. Es sei sein Verdienst, dass die Ukraine nicht innerhalb weniger Tage in die Hände Russlands gefallen sei, wie es einige westliche Beamte vorausgesagt hatten. Das Land habe sich dank der von seiner Regierung durchgeführten Militärreformen gegen den Angriff gewehrt. Moskau nannte keinen Zeitplan für seine Militäroperation in der Ukraine, sondern erklärte lediglich, dass sie wie geplant verlaufe. Der ukrainische Oligarch forderte auch die "Entputinisierung" Europas, seines Landes und Russlands selbst. Dies bedeute, dass der russische Einfluss in anderen Ländern einzudämmen und Putin zu stürzen sei. Nur so könne die Welt vor einer "existenziellen Bedrohung" bewahrt werden, die der russische Staatschef darstelle, so Poroschenko.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac7b08b480cc55d339e8d9.jpg>

Dan-news.info: Alle Bergleute, die heute aufgrund eines Stromausfalls durch ukrainischen Beschuss unter Tage festgehalten waren, sind an die Oberfläche gebracht worden, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

18:40 de.rt.com: **Medienbericht: FBI findet nach in den USA hergestellten Chips aus russischen Panzern**

Das FBI und das US-Handelsministerium haben eine Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob in russischer Militärtechnik in der Ukraine Computerchips aus US-amerikanischer Produktion gefunden wurden. Das berichtete die Washington Post am Mittwoch.

US-Regierungsbeamte hätten Unternehmen besucht und sich erkundigt, wie deren Komponenten in russische Radaranlagen, Drohnen, Panzer, Bodenkontroll- und andere Waffensysteme gelangt sein könnten, erklärten der Washington Post mehrere "mit der Angelegenheit vertraute Personen".

Das Ziel der Nachforschungen sei es, den Weg bis zu möglichen US-Zulieferern zurückzuverfolgen und herauszufinden, wie die Chips in das jeweilige Waffensystem gelangt seien, sagte ein Beamter des US-Handelsministeriums und fügte hinzu:

"Nur weil ein Chip, der Chip eines Unternehmens, in einem Waffensystem gefunden wird, bedeutet das nicht, dass wir eine Ermittlung gegen dieses Unternehmen eingeleitet haben. Was wir jedoch getan haben, ist, dass wir eine Untersuchung darüber eingeleitet haben, wie der Chip dieses Unternehmens in dieses System gelangt ist."

Ein Anwalt eines der betroffenen Unternehmen soll gegenüber der Washington Post erklärt haben, dass die Ermittler ein "weites Netz" auswerfen und fragen würden, ob die Technologieunternehmen ihre Produkte an eine bestimmte Liste von Firmen verkauft haben, einschließlich Zwischenhändler, die möglicherweise an der Lieferkette beteiligt waren. Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine haben die USA und ihre Verbündeten den Verkauf von Computerchips an russische Rüstungsunternehmen verboten und auch die Lieferung an andere Käufer aus dem Land eingeschränkt.

Damit wurden die Beschränkungen, die 2014 nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland eingeführt worden waren, weiter verschärft.

Vor dem Konflikt konnten gewöhnliche Chips als Massenware ohne Einschränkungen an russische Käufer verkauft werden, während für die anspruchsvolleren Produkte eine Sondergenehmigung der US-Regierung erforderlich war.

Die staatliche Untersuchung folgt auf Berichte von Nichtregierungsorganisationen und Denkfabriken in den USA, aus dem Vereinigten Königreich und einigen anderen Ländern, in denen behauptet wurde, dass in erbeuteter russischer Militärtechnik in der Ukraine Computerchips aus westlicher Produktion – auch aus den USA – entdeckt worden wären. Im vergangenen Monat behauptete die Gruppe Conflict Armament Research (CAR), ihre

Ermittler hätten in der russischen Ausrüstung Komponenten von insgesamt 70 US-amerikanischen und europäischen Firmen gefunden. Einige der Chips wurden vor 2014 hergestellt, aber es gab angeblich auch neuere Chips, die erst im Jahr 2020 hergestellt worden waren.

Einem Bericht zufolge, den die britische Lobbygruppe Royal United Services Institute im April veröffentlichte, wurden Produkte von Firmen wie Intel, Analog Devices, Texas Instruments und Onsemi von den Streitkräften Russlands und anderer Länder verwendet. Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac94a648fbef72a93aaea2.jpg>

18:40 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz meldet Beginn der Kapitulation ukrainischer Kämpfer im Asot-Werk in Sewerodonezk**

Die im Sewerodonezker Asot-Werk verschanzten ukrainischen Einheiten haben begonnen, sich zu ergeben. Dies teilte der Offizier der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, Andrei Marotschko, gegenüber lokalen Medien mit. Er sagte:

"Im Laufe der militärischen Sonderoperation auf dem Gelände der Industrieanlage Asot in der Stadt Sewerodonezk haben einige ukrainische Militärs tatsächlich die richtige Entscheidung getroffen und begonnen, sich zu ergeben."

Die Zahl der kapitulierenden Soldaten sowie deren Zugehörigkeit zu bestimmten Einheiten könnten bisher aus Sicherheitsgründen nicht näher präzisiert werden, fügte Marotschko hinzu. Auch der ehemalige Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, Ilja Kiwa, berichtete am Freitag auf seinem Telegram-Kanal vom Beginn der Kapitulation am Asow-Werk. Er schrieb: "Am Sewerodonezker Asot-Werk hat die Kapitulation der eingekesselten ukrainischen Streitkräfte begonnen, darunter die Spezialkräfte der Hauptverwaltung der Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Vertreter des Rechten Sektors sowie ausländische Söldner."